

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Nummer Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preis Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Fabrikstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.20, monatlich 65 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzeiligen Beilagen oder deren Raum 15 Pfg. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr vormittags, frühere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 101

Donnerstag, den 3. Mai 1906.

13. Jahrg.

Steuern eine Weltlage.

Das Steuerbouquet vor dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Montag mit der zweiten Lesung der Reichsfinanzreform. Zuerst wurde die Brausteuer vorlage beraten. Die Kommission hat zwar die Höhe der Regierungsvorlage ziemlich beträchtlich herabgesetzt, dafür aber in erschütternder Anlehnung an das schöne Muster der Warenhaussteuer die sogenannte Staffelform herabgebracht. Die kleinen und mittleren Betriebe sollen geschützt werden, daher werden die Großbetriebe einer Strafsteuer unterworfen. Natürlich wird der Fiskus doch nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung läßt sich durch keine steuerrechtlichen Kunststücke aufhalten und keine Staffelform vermag die Konzentration des Kapitals zu hindern oder auch nur beträchtlich zu verlangsamen.

Uebrigens wird auch die Kommissionsfassung nicht hindern, daß die Steuer von den Brauereien zunächst auf die Gastwirte und von diesen auf die Konsumenten abgewälzt werden wird. Somit belastet die Brausteuer einen Artikel des Massenkonsums und steht daher mit dem § 6 des Stottergesetzes in einem durch keine Sophismen wegzuleugnenden Gegensatz.

In überzeugender Weise legten die Genossen Südekum und Stolle diesen Widerspruch und die Unmöglichkeit der Staffelform dar. Die Redner der Freisinnigen, Dr. Müller-Sagan und Dr. Paschke, äußerten sich in demselben Sinne; dagegen möchten die Konservativen, für die Rettich und Camp sprachen, das Bier noch mehr bluten lassen. Wird doch der opebische Schnaps den Vorteil davon haben! — Das Zentrum hat einen Abänderungsantrag Speck eingebracht. Himmelhoch beschwor der Schatz-Stengel die lieben Freunde aus der Mitte des Hauses, die Eingung auch nicht zu schieben, und Kehlhaben, der Schöngeheißte, drohte mit dem Rückziehen der Geschäftssteuer, wenn der Reichstag nicht genug indirekte Steuern bewilligen will. — Der Nationalliberal Beder und der süddeutsche Agrarier Wolff sprachen für die Kommissionsbeschüsse, während der Antisemit Bruhn sich dagegen erklärte.

Am Dienstag wurde die zweite Lesung der Brausteuer-vorlage erledigt. Die Erörterung ging schneller zu Ende, als man erwartet hatte. Die Hoffnung, sich recht bald den 2500 Mark-Schadenbroden zu verbieten, hatte die Mehrheitspartei zur Stelle gebracht. Uebrigens hätten sie für sich allein doch kein beschlußfähiges Haus zur Hand gehabt. Unsere Faktion war fast vollständig am Bloß, um ihr Votum gegen die neue Verteuerung eines Massenkonsumartikels in die Waagschale zu werfen. Aber das erge Bindnis der schwarzen Zentrumspatialen mit den reißigen Mannen der Rechten und dem Windfahnen der Nationalliberalen bereitete alle unsere Anstrengungen, obwohl die Freisinnigen sich diesmal zur Abwehrleistung leidlich wader hielten.

Die Genossen Dr. Südekum und Schmalfeldt, sowie der Volkspartei Kopsch beauftragten noch einmal gelegentlich des entscheidenden Staffelformparagrafen den gründlichen Widerspruch der Nichtabwägungstheorie. Auch der elegante Botenpost Brudzewo-Mielczynski fand zutreffende Worte. Aber es half alles nichts: mit 146 gegen 113 Stimmen brachte die Mehrheit das Kommissionsprodukt zur Annahme.

Bei einem der folgenden Paragraphen gelang uns eine kleine Verbesserung: unser Antrag auf Befreiung der obergärtigen Biere von der Brausteuer wurde — sogar einstimmig — angenommen.

Dagegen verwarf die Mehrheit, für die das hohe Dinsturpaar Spahn und Büsing, flankiert von den Erz- und Gassenbergern, das Wort führte, unseren von den Genossen Südekum und Hildenbrandt vortrefflich begründeten Antrag auf Aufhebung der kommunalen Biersteuern. In lapidaren Worten und glücklichen Wendungen gestellte Genosse Singen die neugeborene Zollmehrheit, der auch Müller-Sagan nicht übel die Meinung sagte.

Der Kadaver der Tabaksteuer wurde lang und kluglos verscharrt. — Am Mittwoch ist Schwenk mit Lokalantrag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Ausweisungsschwärze. Wie der „Vortag“ hört, hat die polizeiliche Polizei in den letzten Tagen wieder ganze Serien von Ausweisungsbefehlen losgelassen; die Betroffenen sind zum Teil seit vielen Jahren hier ansässig, einige stehen mitten im Erwerb. Auch ganze Familien sind wieder nicht verschont geblieben. Auf besonders grabierende Einzelheiten werden wir noch zurückkommen, nur das sei heute noch bemerkt, daß keiner der neuen „Schwarzer und Verschwärter“ sich das geringste hat zuschulden kommen lassen, und daß auch hier wieder die 18. März Versammlungen eine besondere Rolle spielen sollen. Wie weit will die Polizei die Entledigung Deutschlands vor der zivilisierten Welt

treiben? Quosque tandem? fragen wir. Das deutsche Völkertum aber schweigt und deckt die Schmach noch immer.

Die Berliner Russenausweisungen scheinen nicht gegen „Schwarzer und Verschwärter“ gerichtet zu sein. Dem „W. Z.“ wird mitgeteilt, daß der aus Berlin ausgewiesene Rigaer Kaufmann Boris Berlin für sich und seine Familie dort eine Wohnung zum Preise von 2400 Mark jährlich bis Oktober 1909 gemietet hatte und daß ihm behufs zollfreier Einfuhr seines Mobiliars von demselben Polizeipräsidenten, der ihn jetzt auswies, bescheinigt wurde, daß er sich in Berlin zu dauerndem Aufenthalt niederlassen könne. Einige weitere befremdliche Kennzeichnende Fälle sind nach dem genannten Blatte die folgenden: Frau M. Bobil aus Riga, Ehefrau des dortigen Kaufmanns erster Gilde Bobil, ist, trotzdem sie der Schöneberger Polizeidirektion ein bei der Distriktsgelehrten deponiertes Vermögen von 80 000 Mk. nachweisen konnte, ausgewiesen worden, ebenso der Ingenieur Wrotski, der sich nicht technischer Ausbildung in Berlin aufhielt und bei der Deutschen Bank ein nachgewiesenes Guthaben von 20 000 Mark besitzt. Ferner sind ausgewiesen: Kaufmann Dworkin aus Mariopol (Guthaben bei der Deutschen Bank 10 000 Mk.), Frau M. Ironimus, die aus Rußland eine monatliche Rente von 1000 Mk. bezieht, Frau Sjudowa Rogienkaja, deren Gatte ein Exportgeschäft in Hamburg besitzt und die eine monatliche Rente von 300 Mark bezieht. — Daß auch Leute, die im Besitz großer Geldmittel sind, ausgewiesen wurden, scheint dem Kapitalistenblatt besonders wach zu sein. Ueber die armen Teufel, die von der Ausweisung natürlich viel schwerer betroffen werden, regt es sich dagegen nicht sonderlich auf. Im Uebrigen wird durch diese Notiz der schon von uns gewürdigte Rechtfertigungsversuch der nationalmissablen „Röln. Bzg.“ ins rechte Licht gerückt.

Antliches Wahlergebnis im Wahlkreis Darmstadt-Groß-Geran. Es erhielten Landtagsabgeordneter Werthold-Darmstadt (S.D.) 13 801, Rechtsanwalt Stein-Darmstadt (N.L.) 10 315 und Pfarzer Korrell-Königsheiden 5 808 Stimmen. Es findet eine Stichwahl zwischen den beiden ersten statt. Insgesamt wurden 29 929 Stimmen abgegeben.

Wenn's Mailüfterl weht . . . Die Nummer der Dresdener „Volksmacht“ wurde konfiszirt; der verantwortliche Redakteur, Genosse Mühs, wurde verhaftet. Gegen Gen. Albert, Redakteur der „Bresl. Volksz.“, der eine „aufreizende“ Rede im Livoli hielt, die zur Aufhebung der Versammlung führte, wurde das Verhaftung wegen Aufreizung eingeleitet. Albert wurde verhaftet.

Nach dem Budget, das gestern dem Parlament vorgelegt wurde, wird der Kohlenzoll zum 1. November ab vollständig aufgehoben. Dies ist aber nicht in Deutschland, sondern in — England geschehen.

Zur Reichstags-Erfahrungswahl in Hannover-Bunden wird dem „S. E.“ geschrieben: Die Nationalliberalen haben als Kandidaten den Senator Fint, der für die Stadt Hannover auch Landtags-Abgeordneter ist, aufgestellt. Senator Fint war schon 1898 Kandidat dieser Partei, legte aber 1903 die unannehmbare Aufgabe, Durchfallskandidat zu sein, ab. Nun er bei der Wahl im vorigen Jahre Landtags-Abgeordneter geworden, konnte er schon aus Dankbarkeit für das „Vertrauen“ diesmal nicht „Nein“ sagen. Eine Unterstützung ist den Nationalliberalen schon zugesichert. Die paar Freisinnigen wollen die Nationalliberalen eifrig unterstützen mit 727 Stimmen. Eine Klärung, wie die Mittelstandsvereinigung sich verhält, wird nun wohl auch bald erfolgen. Die Nachricht, daß für diese Partei-kandidatur Eigentümer aufgestellt ist, scheint nur eine Reporter-Notiz für auswertige Blätter gewesen zu sein, vielmehr, wie sich einmal wieder in Erinnerung zu bringen. Die hannoverschen Blätter berichten demgegenüber, daß der Vorstand der Mittelstandsvereinigung keinen Kandidaten aufstellen will. Das Zentrum, das 1903 erstmalig einen Kandidaten nominierte, will dem Welfen zum „Siege“ verhelfen. Die Situation ist danach jetzt so, daß nur drei Parteien gegen fünf im Jahre 1903 sich mit folgenden Kandidaten um das Mandat bewerben: Sozialdemokraten: Verbandsvorsitzender August Breh, Welfen: Rechtsanwalt v. Dannenberg, Nationalliberal: Senator Fint. Die Nationalliberalen und die mit ihnen verbündeten Freisinnigen wollen oder müssen sich der Hilfe des „Reichsverbandes“ bedienen, um nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit Wahlagitator zu betreiben.

Der Beirat für Arbeiterstatistik beschäftigte sich mit Vorschlägen für anderweitige Regelung der Lohnbücher in der Kleider- und Wäschekonfektion, mit der Arbeitszeit der Arbeiterinnen in der Fischindustrie und mit den Ergebnissen über die Verhältnisse in der Binnenwirtschaft. Das Lohnbuch hält der Beirat für abänderungsbedürftig. Es sei wünschenswert, an der Vorordnung zur Führung von Lohnbüchern in der Kleider- und Wäschekonfektion festzuhalten.

Selbst könne es für Werkstätten mit Zeitlohn, und für Hüttenmeister, die selbst zuschneiden und lausmännliche Buchführung haben, in Wegfall kommen. Zum Schutz des Arbeitnehmers gegen Schädigungen infolge von Täuschungen und Streikaktionen bei der Lohnberechnung und Lohnzahlung sei eine Uebersicht des § 114a G.D. dahingehend wünschenswert, daß das Lohnbuch zu einem Abrechnungsbuch durch die Verpflichtung der Arbeitgeber umgestaltet werde, die für die Abrechnung über den Lohn in Betracht kommenden Angaben und Berechnungen einzutragen. Art und Umfang der abgelieferten Arbeit, die Zeit der Ablieferung, die verdienten Löhne und die etwa vereinbarten oder gesetzlichen Abzüge, sowie Zeit und Betrag der Lohnzahlungen müßten Aufnahme finden. Obgleich solche Eintragungen müßten als zulässig bezeichnet werden, die sich auf die übertragenen Arbeiten und die dafür vereinbarten und gezahlten Löhne beziehen. Insbesondere die Eintragung eines Urteils über die Führung oder die Leistung desjenigen, für den das Lohnbuch aufgestellt ist, oder eines der Arbeitnehmer kennzeichnenden Merkmals müssen verboten werden. Für die fabrikmäßig betriebene Fischindustrie hat der Beirat den Entschluß einer Bundesratsverordnung angeregt, durch die für 40 Werktage, sofern die gesetzliche eifständige Arbeitszeit nicht überschritten wird, erlaubt werden soll, Arbeiterinnen bis 10 Uhr abends und an Sonnabenden und den Vorabenden von Festtagen bis 8 1/2 Uhr abends zu beschäftigen. Die Fragebogen über die Verhältnisse in der Binnenwirtschaft sind sehr mangelhaft eingegangen. Von 3899 ausgegebenen Fragebogen sind nur 2112, teilweise sehr lückenhaft ausgefüllt, eingegangen. Von 1933 für die Arbeitgeber ausgegebenen Fragebogen sind 1355, von 1966 für die Arbeitnehmer ausgegebenen Fragebogen sind gar nur 757 ausgefüllt. Besonders mangelhaft sind die für die Provinz Brandenburg ausgegebenen Fragebogen ausgefüllt: von 505 ausgegebenen Fragebogen sind nur 460 (91,1 Proz.) eingegangen. Von diesen sind infolge außerordentlicher Lücken nur 137 (99 Arbeitgeber und 38 Arbeitnehmer-Bogen = 27,1 Proz.) verwendbar! Ein etwas besseres Resultat wiesen die Eingänge aus dem Rheinlande auf. Von 342 Fragebogen sind 303 eingegangen und 146 (58 Arbeitgeber- und 88 Arbeitnehmer-Bogen = 42,7 Proz.) verwendbar. Trotz dieses bedauerlichen, außerordentlich mangelhaften Ergebnisses der Fragebogeneingänge soll eine Verarbeitung der eingegangenen Antworten versucht werden.

Rußland.

Parvus verhaftet. Einer Meldung Petersburger Blätter zufolge ist der auch in Deutschland bekannte Sozialdemokrat Parvus (Gelpfant) verhaftet und nach der Peter-Pauls-Festung gebracht worden.

Schweiz.

Zarendienste. Wie aus Bern gemeldet wird, wurde dort der russische Student David Rochlin verhaftet. Die in dessen Besitz befindlichen Briefe und Dokumente sowie der auf den Namen Koral lautende Reisepaß wurden mit Beschlag belegt.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

(Der Bericht vom Montag befindet sich in der Beilage.)

Berlin, den 1. Mai 1906.

91. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Stengel.

Die zweite Lesung der Brausteuer vorlage wird beim § 3a (Höhe und Staffelform der Steuer) fortgesetzt. Gleichzeitig wird der gestern mitgeteilte Antrag Speck (B.) mitberaten.

Graf Brudzewo-Mielczynski (Pole): Das Budgetrecht des Reichstags bietet uns die beste Gelegenheit, gegen die bestehenden Zustände zu protestieren.

Präsident Graf Balleskreim: Wir befinden uns nicht in einer allgemeinen Finanzdebatte, sondern beim § 3a der Brausteuer vorlage.

Graf Brudzewo-Mielczynski (fortfahrend): Wir protestieren laut und energig gegen die Unmoral, dem kleinen Manne sein Glas Bier zu verteuern und ihn damit auf den Schnapsgeiz hinzuweisen. (Beifall b. d. Polen und b. d. Sozialisten.)

Kopsch (S.P.): Wer soll denn nun eigentlich zahlen? Der Brauer, der Gastwirt, der Konsument? Solange sich die Bestworter der Steuer hierüber nicht geeinigt haben, sollte eigentlich die Beschlußfassung über die Beiträge ausgesetzt werden. (Sehr gut! links.) Die Reden der Regierungsvorredner und der Vorsitzenden der Mehrheitsparteien wimmeln von Widersprüchen und eben diese Leute fertigen die Protestbewegung als Hummel ab. Man hat von den Dividenden der Brauereien gesprochen, wenn sich die Brauereien nach Art der Zuckerrüben der neudeutsch-agrarischen Buchführung bedienen sollte, so würden sie es verstehen, keine Dividende zu zahlen und doch den Aktionären einen reichlichen Gewinn ausliefern zu lassen. Aber die Brauereien halten an altmodisch realen Grundfragen fest. Die Regierungsvorredner haben einen Schantzen von 18 bis 20 Pfennig pro Liter her-

ausgerechnet; dagegen ergibt eine Umfrage der Gastwirte, daß der Schanklohn im Durchschnitt pro Liter noch nicht ganz 4 Pfennig beträgt. (Hört! hört! links.) Der Kollege Nettich erklärte, es würde gar nicht schaden, wenn ein Teil der Gastwirte zu Grunde gehe. Es ist ja vielfach Mode, die Gastwirte herabzusetzen. Aber der Gastwirtsstand ist ein durchaus ehrenwerter und geachteter. Niemand, dem stillose Verfehlungen nachzuweisen sind, erhält Konzeption. Wie sich die Ausführungen des Herrn Nettich, mit der demonstrativ zur Schau getragenen Mittelstands-freundlichkeit der Konservativen vereinbaren lassen, ist mir unerfindlich. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen werfen immer den Sozialdemokraten vor, daß sie einen Stand gegen den andern aufheben; sie selbst aber machen es nicht besser. Bald hegen sie gegen die Bäcker, bald gegen die Schlachter, bald gegen die Gastwirte. Dem Abg. Nettich gehen die Kommissionsfrage längst nicht weit genug. Er wünscht also eine Erbschaftsteuer gegen die Großbetriebe. (Sehr wahr! links.) Wenn die jetzige Politik der ungemessenen Ausgaben für Heer, Kolonie und Marine fortgesetzt wird, so wird auch die Belastung einzelner Erwerbsstände mit Sondersteuern fortbauern und einen immer größeren Umfang annehmen. Hoffentlich aber werden die breiten Massen des Volkes dafür sorgen, daß diese Herren (nach rechts) den nächsten Reichstag nicht mehr hieren. (Rebh. Weis. links.)

v. Bollmar (SD.): Es ist nicht wahr, daß Süddeutschland gar kein Interesse an der Erhöhung der Höhe der norddeutschen Brauksteuerung hat. Wir Sozialdemokraten im bayerischen Landtag haben auch gegen die bayerische Biersteuer gestimmt, wie gegen jede Steuer auf den Massenkonsum. Kommt dieses Gesetz zur Annahme, so müssen seitens der süddeutschen Staaten erhöhte Aus-gleichs an das Reich gezahlt werden. Seitens Bayerns a. B. 7 Millionen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und diese 7 Millionen werden in Bayern wieder in Form indirekter Steuern auf die Schultern der breiten Masse abgeladen werden. Uebrigens haben wir hier nicht die süddeutschen Interessen vorzuziehen, sondern die allgemeinen Reichsinteressen. (Sehr richtig! links.) Statt die Mehrausgaben des Reichs durch direkte Steuern zu decken, belastet man wieder den Massenkonsum. Uebrigens hat für einen Teil der Mehrausgaben ja auch leider die Partei des Vorredners gestimmt. Jemand muß die Steuer bezahlen, der Produzent, der Verteiler, d. h. in diesem Falle der Gastwirt oder der Konsument. Die Produzenten wollen sie nicht tragen und die Staffelnung soll doch auch dazu dienen, die kleineren und mittleren Betriebe zu entlasten, welchen Zweck sie freilich nicht erreichen werden. Man mag sich drehen und wenden wie man will, die Belastung wird schließlich doch auf die Konsumenten abgewälzt werden, sei es nun, daß die Preise erhöht werden, sei es, daß das Bier verschlechtert wird. Das wissen die Herren von der Mehrheit in der Tat auch ganz gut. Der Abg. Dr. Becker hat hier gestern eine moralische Rechtfertigung der Ver-teuerung versucht. Gelungen ist ihm freilich diese Ver-teidigung nicht. Die Folge der Einschränkung des Bier-genusses ist nicht das Wassertrinken, sondern das Schnaps-trinken. Daran haben dann die Agrarier ihre Freude, weil sie, wie Herr Camp sagte, von der Gefeggebung auch mal Vorteile haben wollen. Der preussische Finanz-minister meinte seinerseits, es werde überhaupt zu viel ge-trunken. Wenn aber die Regierung eine Steuer einführt, so doch nicht zum Abgewöhnen. (Weiter! und Sehr gut! b. d. Soz.) Der Schatzsekretär jammert über den Antrag Sped., der ja in der Tat eine gewisse Abschwächung be-deutet. Er beschwor den Geist des Kompromisses, daß er über dieser Verhandlung schweben möge. Nun, ich fürchte, dieser Geist wird in der Tat bis zum Ende der Beratung dieser Vorlage über den Verhandlungen schweben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das Zentrum für die Kommissionsbeschlüsse nach Ablehnung seines Antrags stimmt, trägt es die Verantwortung für diese neue Mehrlastung eines Massenkonsumartikels. Wir werden dem Volke die Gründe dieses ganzen Spiels klar machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abg. Camp sprach von der deutschen Einheit. Diese läßt in der Tat manches zu wünschen übrig. Aber zur Förderung der deutschen Einheit gibt es tauglichere Mittel, als die Ein-schränkung der bayerischen Biersteuer. (Rebh. Bravo! links.) Wenn Sie vom Süden etwas annehmen wollen, dann führen Sie die süddeutschen Wahlrechte in den nord-deutschen Staaten ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Kernern Sie vom Süden die Anfangsgründe des Konstitutionalis-mus. (Rebh. Bravo! links.) Damit leisten Sie dem deutschen Volke, von dessen Wohl in diesem Saale soviel die Rede ist, einen besseren Dienst, als wenn Sie seine Lebenshaltung herabdrücken und seine Geduld auf einen immer schwereren Probe stellen. (Rebh. anhaltendes Bravo! links.)

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel (auf der Tri-büne sehr schwer verständlich) polemisiert gegen den Ab-geordneten v. Bollmar und scheint nachzuweisen zu wollen, daß die Ausgleichssumme Bayerns nicht sieben sondern 3 Millionen betrage.

Sped. (Z.): Mein Antrag kann nicht als Abfall vom Kompromiß der Mehrheitsparteien bezeichnet werden, weil ja ein förmliches Kompromiß nicht abgeschlossen worden ist. Auch ist mein Antrag nur ein Eoventualantrag im Sinne derer, die prinzipiell für eine Brauksteuer sind, denen aber die Kommissionsfrage zu weit gehen. Herr v. Bollmar sprach wieder von direkten Reichssteuern. Warum haben denn die Sozialdemokraten in der Kom-mission gegen die von uns vorgeschlagene Besteuerung der Ausschichtskantinen gestimmt? (Rebh. Hört! Hört! rechts und in der Mitte, Lachen links.) Die zu geringe Staffelnung der bayerischen Brauksteuer verbindet einen wackligen Schutz der kleineren und mittleren Brauereien. Wohl aber hoffen wir, diesen Schutz durch die Kommissions-beschlüsse oder auch durch meinen Antrag zu erhalten. (Beifall i. Zentr.)

Schmalfeldt (SD.): Seit zwei Tagen streitet man sich nun darüber, wer die Brauksteuererhöhung eigentlich bezahlen soll. Daß die Brauereien nicht aus reinem Pa-triotismus die Kosten tragen werden, steht fest. Ihre Rentabilität ist auch namentlich seit den erhöhten Gersten- und Malzrollen nicht derart, daß sie sich diesen Luxus leisten könnten. Darum macht man sich jetzt allgemein mit der Abwälzung in erster Linie auf die Wirte und von diesen auf die Konsumenten vertraut. In der Tat sind ja auch die Wirte völlig in der Hand der Brauereien und meist nur nominelle Eigentümer. Ihre Lage ist durch die vielen Ausgaben, zu denen sie gezwungen sind, durch die vielen Sondersteuern, mit denen sie belastet sind, nicht zu wenigstens auch durch den Militärbudget, der sofort über sie verhängt wird, sobald sie ihre Säle den Arbeiter-vereinen zur Verfügung stellen, schon heute alles andere eher als rosig. Aber das rührt ja die Mehrheit nicht. Sie hat sich auch nicht gerührt, als ein angeblich liberaler Ab-geordneter, wie der Dr. Becker, ganz falschlich meinte, den Alkohol könnten die Arbeiter ja auch in der Form von Schnaps zu sich nehmen. (Hört, hört! b. d. Soz.) So will ein liberaler Abgeordneter den großen Fortschritt

rückgängig machen, der darin liegt, daß viele Arbeiter vom Branntwein zum Bier übergegangen sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nebenbei empfahl der Herr Becker den Apfelwein in einer Weise, als ob er für eine Apfelwein-firma reise. (Heiterkeit links.) Für Norddeutschland aber kommt der Apfelwein als Ersatz für das Bier gar nicht in Frage. Wenn diese Vorlage zur Annahme gelangt, werden alle die kleinen Wirte, die bis zu 10 Hektoliter im Jahre ausgeben, einfach ruiniert werden. Wenn wir böshastig wären, könnten wir uns ja nur über diese Ver-nichtung von Mittelstandsexistenzen freuen. Wir wollen aber keine Existenzen vernichtet sehen und stimmen daher gegen den Entwurf. (Bravo! b. d. Soz.)

Hiermit schließt die Debatte. Der § 3a wird in namentlicher Abstimmung mit 146 gegen 113 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung an-genommen.

Es folgt die Beratung über die übrigen Paragraphen der Vorlage, zunächst über § 1, welcher das Surrogat-Verbot enthält.

Dr. Pachnide (Zp.) vermischt den Deklarations-zwang, der mindestens beim Malzbier bestehen müsse. Was Malzbier heißt, sollte auch Malzbier sein. (Sehr richtig! links.)

Zum § 1a, der bestimmt, daß die Brauksteuer von dem zur Bierbereitung verwendeten Malz und Zucker erhoben wird, beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) folgenden Zusatz: Der dem obergährigen Bier beim Brau-verfahren zugesetzte Zucker unterliegt nicht der Brau-steuer.

Dr. Südekum (SD.): Unser Antrag will die ober-gährigen Bierbrauereien gegen die Doppelbesteuerung des Zuckers schützen. Das alkoholschwache Braubier, dessen Ausbreitung sehr zu wünschen ist, ist ohne Zuckerzusatz nicht konsumfähig, weil es vermindert seines geringen Alkohol-gehalts leicht dem Verderben ausgesetzt ist. Der Zucker spielt beim Braubier kaum eine andere Rolle wie beim Kaffee. Sein Zusatz gehört nicht zum eigentlichen Brau-verfahren. Wir bitten um Annahme unseres Antrags. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn scheint auf die Schwierigkeiten der Kontrolle hinzuweisen. Camp (Mp.) befragt den Antrag. Er habe einen gleichen stellen wollen.

Dr. Baasche (M.) befragt ebenfalls diesen Antrag.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) erklärt, daß seine Sympathien sich nicht auf die obergährigen Biere be-schränken, daß er aber doch den Antrag Albrecht begrüße. Nachher zugesetzter Zucker ist kein Braustoff, kann also nicht unter die Brauksteuer fallen. Vielleicht wird sich aber empfehlen, die Worte „nach Abschluß des Brauverfahrens“ anders zu fassen. Sonst könnte ein findiger Steuerhenschen auf die Idee kommen, daß die in den Flaschen vor sich ge-hende Gärung als Brauverfahren zu betrachten sei. Wir werden für den Antrag stimmen. (Beifall b. d. Freis.)

Sped. (Z.) begrüßt ebenfalls den Antrag Albrecht, da die billigen Weibiere ein gutes Gegengewicht gegen das Ueberhandnehmen des Schnapses bilden.

Dr. Südekum (SD.) tritt noch einmal für den An-trag ein.

Camp (Mp.) beantragt, in dem Antrag Albrecht die Worte „und außerhalb der Braustellen“ einzufügen. Mit dieser Aenderung wird der Antrag Albrecht ein-stimmig angenommen.

Bei den Schlußbestimmungen beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (SD.) die Aufhebung der kommunalen Biersteuern zum 1. April 1910.

Dr. Südekum (SD.): Beim Zolltarif ist bei der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel die Auf-hebung der kommunalsteuern auf Fleisch und Brot be-schlossen worden. Die Konsequenz davon ist, bei der be-vorstehenden außerordentlichen Verteuerung des Bieres wenigstens die kommunalen Biersteuern zu beseitigen. Ich bitte daher um Annahme des Antrags.

Ein Regierungskommissar bittet um Ab-lehnung des Antrags, da er finanzielle Gefahren für viele Gemeinden bringe.

Sped. (Z.) äußert sich im gleichen Sinne. Die Sozial-demokraten sollten doch erst einmal in Zürich und Feuer-bach, wo sie die Gemeindeverwaltungen beherrschen, für Abschaffung der kommunalen Biersteuern sorgen. (Rebh. Widerpruch b. d. Soz.)

Camp (Mp.) spricht sich ebenfalls gegen den An-trag aus.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) erklärt sich entschieden für den Antrag.

Sildenbrand (SD.) stellt fest, daß die Biersteuer in Feuerbach eingeführt wurde, als die Sozialdemokratie nicht stark genug war um dies zu verhindern.

Dr. Südekum (SD.): Jetzt wendet man gegen unseren Antrag ein, daß ihm die statistischen Fundamente fehlen sollen. In der Zulugsgeschwindigkeit, mit der man in der Kommission die Gesetze gemacht hat, hat man nicht nach statistischen Fundamenten gefragt. (Rebh. Zustim-mung b. d. Soziald.) Die Aufhebung der drückenden Bier-steuer mag für manche Gemeinden Unannehmlichkeiten haben. (Hört, hört! rechts.) Das ist aber auch der Fall gewesen, bei Annahme des § 13 des Zolltarifgesetzes, für den sich dort die Mehrheit des Reichstags ausgesprochen hat, um die Bevölkerung der betreffenden Städte wenig-stens zum Teil von den schwerwiegenden Folgen der Zoll-politik zu entlasten. (Zustimmung b. d. Soziald.) — Ich möchte auch noch bemerken, daß die Sozialdemokratie in Zürich noch nicht die Mehrheit gehabt hat.

Erzberger (Z.): In Bayern würde der Antrag geradezu ein Geschenk an die Brauer bedeuten. Getreide ist ein notwendiges Nahrungsmittel, Bier dagegen nicht.

Sildenbrand (SD.): Jetzt, da wir in Feuerbach die Mehrheit haben, wird die dortige Biersteuer abgeschafft werden. Auch in Stuttgart haben wir seit Jahren gegen die Doppelbesteuerung des Bieres gestimmt. Gegen die Doppelbesteuerung richtet sich eben unser Antrag. (Beifall b. d. Soziald.)

Singer (SD.): Eine Gemeinde, in der die Sozial-demokraten die Mehrheit haben, ist mir nicht bekannt. Wenn das Gesetz hier angenommen wird, so werden zwei-fellos sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinden niemals dagegen agitieren, wie es die bürgerlichen Ge-meindevertreter bei der Bestimmung des Zolltarifgesetzes unter Führung des Oberbürgermeisters Beutler getan haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit der Tat ist das Zen-trum nie arbeiterfreundlich. Das Bier gehört eben zu den Artikeln des Massenkonsums und wer es verteuert, ist ein Lebensmittelvertreuer, der sich scheut, die Steuern auf die tragfähigen Schultern zu legen. (Beifall b. d. Soz.)

Spahn (Z.): Da die Steuer nicht abgewälzt werden kann, verteuert sie auch nicht das Bier.

Büsing (M.): Die großen Gemeinden, in denen die Sozialdemokraten mit den Freisinnigen zusammen die Mehrheit haben, z. B. in Berlin, dessen Biersteuer . . . (Bruf links: Gibts ja garnicht! Gr. Heiterk.) Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger,

Südekum, Büsing, Bruhn, Spahn, Gersten-berger, Müller-Sagan wird der Antrag Südekum abgelehnt. Die übrigen Paragraphen in der Vorlage werden ohne weitere Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Tabaksteuerge-sezes. Debatte wird dasselbe nach den Beschlüssen der Kommission abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: Toleranzantrag.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 2. Mai.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zutug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zutug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Mahregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheero verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz ist seitens der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des hierorts zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Achtung, Kutscher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: E. G. Werk, Nachswehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgelassener Kutscher darf in demselben Arbeit annehmen.

Einem aus dem Abonnementkreise zuge-gangenen Wunsche folgegebend, teilen wir hier-durch mit, daß unsere Austräger resp. Aus-trägerinnen angewiesen sind, im Laufe dieses Monats die Abonnementsgelder für das I. Quartal d. J. zu kassieren. Verlag und Expedition des „Lüb. Volkss.“

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskassierers und des Arbeitersekretariats wird heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag im Vereinhaus zur Entgegennahme der Beiträge an-wesend sein.

Die Matfeier ist gestern vom Lübecker Proletariat in außerordentlich würdiger Weise begangen worden. Ohne zu übertreiben, können wir sagen, daß die diesjährige Matfeier alle gehegten Erwartungen weit übertraf. Die Arbeitsruhe war in diesem Jahre so allgemein, wie wohl selten in einem der Vorjahre, wo der 1. Mai auf einen Werktag fiel. Das Wort: „Alle Köpfe stehen still“ war heuer zur Wahrheit geworden. Zu Tausenden hatte sich am Morgen des 1. Mai die feiernde Arbeiterschaft im „Vereinshaus“ eingefunden, um dem dort Gebotenen zu lauschen. Um 9 Uhr wurde die Feier durch mehrere vom Musiker-Fachverein ergatt ausgeführte Musikstücke eröffnet. Sodann brachte der Gesangverein „Eintracht“ in aus-gezeichnete Weise das herrliche Lied „Ein Sohn des Volkes“ zu Gehör. Demselben folgte die vom Gen. Stellung gehaltene Festrede, die in folgender Resolution gipfelte:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der inter-nationalen Kongresse der Arbeiter aller Länder und mit den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bekunden die Versammelten, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft eintreten für die Verwirklichung der Gedanken, die durch die Matfeier zum Ausdruck gebracht werden.

Die Versammelten betrachten die Klassenbewussten Proletariat aller Länder als Kampfgenossen, mit denen sie gemeinsam für die Völkerverbrüderung, für die Er-haltung des Friedens und Förderung des Kulturfort-schritts kämpfen.

Die Versammelten erklären, einzutreten für die Be-freiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und jeg-licher Unterdrückung.

Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiter-schutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß:

- ein höchstens acht Stunden dauernder Normal-arbeitstag;
- eine mindestens 36 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche; Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder im Alter von unter 14 Jahren.

Die Versammelten fordern die rechtliche Gleich-stellung aller Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und unbeschadet darum, ob sie in Industrie, Landwirt-schaft, Handel und Verkehr oder im öffentlichen oder Ge-sindendienst ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaft-lichen Rechte für die Arbeiter. Vor allem Sicherstellung des Koalitionsrechtes, der Vereins-, Versammlungs- und Brehfreiheit und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterversicherung.

Da die Rechte der Arbeiter nur dann sichergestellt sind, wenn die Arbeiter ihre Rechte selbst verteidigen, so fordern die Versammelten: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen, ohne Unterschied des Ge-schlechts für alle Wahlen.

Die Versammelten fordern die Beseitigung jeglicher Vorrechte des Besitzes und der Geburt.

In der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur die Rechte erhält, die sie sich selbst erringt und ununterbrochen verteidigt, geloben die Versammelten, zu diesem Zweck sich dauernd in politischen und wirtschaftlichen Kampf-organisationen zusammenzuschließen. Zur Wahrung der politischen Rechte schließt sich die Arbeiterklasse in der sozialdemokratischen Partei zusam-men; zur Erkämpfung wirtschaftlicher Vorteile ver-einigen sich die Arbeiter in den Gewerkschaften. Die Kampforganisationen der Arbeiter sind ein dauernder

Protest gegen bestehende Unterdrückung und sie sind Machtmittel zur Erreichung weiterer Rechte. Der vereinigte Kampf des Proletariats aller Länder ist das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

In dieser Erkenntnis geloben die Versammelten, mit aller Kraft für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse wirken zu wollen.

Nach dem Referate ließ der Festleiter, Gen. Stolle, über die Resolution abstimmen und konnte die einstimmige Annahme derselben konstatieren. Das weitere Programm, bestehend in großartigen Darbietungen des Gesangsvereins „Eintracht“, des Arbeiter-Madsfabrik-Bereins, des Arbeiter-Turnvereins und des Musiker-Fachvereins, wurde glatt abgewickelt und fand den ungeteilten Beifall der Zuhörer. Beschlossen wurde die Morgenfeier mit dem gemeinsamen Gesang der Arbeiter-Marschälle.

Nachmittags gegen 1 Uhr sammelten sich die Gewerkschaftler in ihren Verkehrslokalen, um von hier aus mit ihren Fahnen, Lannern und Emblemen zum Sammelplatz zu marschieren. Punkt 2 Uhr setzte sich der aus fünf Zügen bestehende imposante Zug unter den Klängen des Sozialistenmarches in Bewegung, um sich durch die Nord- und Arminstraße nach dem Festlokal zu begeben. Unübersehbar war der durch die Fahnen und Banner imposant gestaltete Zug. Nach Ankunft im Festlokal hielt Genosse Schneider eine Ansprache, der der gemeinsame Gesang des Sozialistenmarches folgte. Der Nachmittag wurde mit Volksbelustigungen aller Art, Preisschießen, Tanz, Illuminationen u. in einer der Bedeutung des Tages entsprechenden Stimmung, die auch durch die kleinen Regenschauer keinen Abbruch erlitt, verbracht. Kurz nach 9 Uhr erreichte ein Feuervert die Festteilnehmer. Um 10 Uhr trat offiziell der Schluss des Festes ein. Wir können den Gesamtindruck des gelagerten Tages kurz dahin zusammenfassen: Es war ein würdiges Maienfest der Arbeiter!

Güterrechtsregister. Am 26. April 1906 ist bezüglich der Eheleute Privatmann F. J. Abraham-Nieve und S. G. Nieve in Lübeck eingetragen: durch Ehevertrag vom 4. April 1906 ist als ehelicher Güterstand die Gütertrennung des bürgerlichen Gesetzbuches vereinbart.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die mit durchschlagendem Erfolg aufgenommene Operettenrevue „Schönenliebe“ wird Donnerstag wiederholt. Die Mähe, der sich die Direktion mit Einstudierung dieser Operette unterzogen hat, ist vielleicht dadurch belohnt worden, daß die Aufführung, wie bereits berichtet, eine so überaus gelungene war. Konrads Lied „Wilhelmine“, das „Mutterlied“ des Blasius, das Brief-Terzett und noch viele andere Nummern riefen stürmischen Beifall auf offener Szene hervor. Hoffentlich ist diesmal der Besuch ein zufriedenstellender. — Beginn 7 1/2 Uhr.

Handelsregister. Am 27. April 1906 ist bei der Firma H. S. Philipp in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen. Am 28. April 1906 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. W. Wolpman in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Kaufmann B. S. C. Th. Müller in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

pb. Sittlichkeitsvergehen an Kindern? Festgenommen wurde ein zugereicher Seemann, welcher beschuldigt wird, gestern nachmittags gegen 4 Uhr auf dem grünen Platz, hinter der an der Fadenburger Allee belegenen Kaserne mit Kindern unsittliche Handlungen vorgenommen zu haben. Der Angezeigte wurde durch einen unbekannt gebliebenen jungen Mann auf das Treiben des Festgenommenen aufmerksam gemacht. Auch sind die betreffenden Kinder unerkannt geblieben. Da der junge Mann und die Kinder wichtige Zeugen sind, wird ersucht, daß sie sich im Bureau der Kriminal-Abteilung zwecks zeugenschaftlicher Vernehmung einfinden.

pb. Fahrrad Diebstahl. In der Nacht zum 1. Mai d. J. wurde aus dem Vorgarten des Hauses Spillerstraße 11 ein Fahrrad, Marke „Opel“, mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 651, und schwarzem Rahmen gestohlen. Der Reifen des Vordrades ist grau, derjenige des Hinterrades hat einen roten Streifen. Die Schutzbleche fehlen.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde eine hiesige beschäftigungslose Arbeiterin, welche einer verheirateten Freundin zwei Trauringe wegnahm und sie bei einem Pfandleiher versteckte.

pb. Betrug. Gegen einen Heizer von hier wurde Anzeige wegen Betruges erstattet. Er ließ sich auf eine vom Feuerdaas ausgestellte Feuerrote von einem Gast-

wirt 21 Mk. und trat dann die Reise mit dem betreffenden Schiffe nicht an, wodurch die Note wertlos wurde.

pb. Eine Ehefrau, die sich fortgesetzter Diebstähle zum Nachteil eines Krämers schuldig machte, wurde zur Anzeige gebracht. Sie eignete sich nach und nach etwa 60 bis 80 Mk. aus der Kadenkaffe rechtswidrig an.

pb. Wer ist der Eigentümer? Vor einigen Tagen sind im Forstorte Schwein von einem Forstarbeiter 5 Brecheisen in verschiedener Größe und ein Hammer gefunden und dem Polizeiamt eingeliefert worden. Der rechtmäßige Eigentümer kann die Gegenstände im Bureau der Kriminalabteilung in Empfang nehmen.

Schwartau. Das Stiftungsfest des Gesangsvereins Frohsinn fand gestern unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Genossen aus Schwartau, Stoddesdorf usw. statt. Nachmittags war ein Spaziergang durch den herrlichen Buchenwald arrangiert. Später fanden turnerische Aufführungen statt. Nachdem abends Genosse Löwig-Lübeck kurz auf die Bedeutung des Tages hingewiesen hatte, gelangte die Resolution des Parteivorstandes einstimmig zur Annahme. Unter dem Vorantritt der Musikkapelle marschierten die Genossen aus Stoddesdorf u. mit ihren Angehörigen abends gegen halb neun Uhr wieder ihren heimischen Benaten zu. Allgemein herrschte die Ansicht: es war ein schönes Fest!

„Fürstentum Lübeck.“ Anmeldung der Schulden für die Steuerveranlagung. Die Schulden für bis zum 7. Mai d. J. an den Vorsitzenden des Schätzungs-Ausschusses der betreffenden Gemeinde in der man wohnt, einzulenden. Formulare sind bei den Vorständen der Gemeinden zu erhalten. — Die Adressen würde lauten: An den Vorsitzenden des Steuerausschusses (Regierungsgebäude) in Cuttin.

Cutin. Die Maifeier wurde gestern von der Arbeitererschaft in würdiger Weise begangen. In der Morgenversammlung, die von annähernd 150 Personen besucht war, sprach Genosse Löwig-Lübeck über das Thema: „Warum feiern wir den 1. Mai?“ Der Vortrag fand den Beifall der Anwesenden. Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Siebert wurde die Resolution, die überall zur Annahme gelangte, von den Anwesenden angenommen. Für den Nachmittag war ein Ausflug nach dem Heidertrag arrangiert.

Reinfeld. Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen! So konnten auch am gelagerten Dienstag die hiesigen Arbeiter sagen, die gerne den 1. Mai durch eine Demonstrationssammlung feiern wollten. Am Montag mittags um 12 Uhr hatte der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins schriftlich durch die Post die Versammlung angemeldet. Der Herr Bürgermeister jedoch hatte den Brief erst gestern vormittags — also nach seiner Meinung zu spät — erhalten. Der Referent, Genosse Stelling-Lübeck, wurde, nachdem ihm das Versammlungsverbot bekannt war, beim Bürgermeister persönlich vorstellig. Der Herr blieb jedoch auf seinem Standpunkte bestehen, und verwies Stelling, der sich auf das preussische Vereins- und Versammlungsrecht bezog, auf den Beschwerdeweg. Die Versammlung konnte also nicht stattfinden. Die Reinfeldener Genossen werden zweifellos dafür sorgen, daß dem Herrn Bürgermeister die richtige Antwort insofern erteilt wird, als sie reger für die weitere Ausbreitung unserer Ideen und für die Ausdehnung unserer Organisation, d. h. des Sozialdemokratischen Vereins sorgen. Also, Genossen, an die Arbeit!

Obdese. Eine Sonntag im Lokale zum „Schwarzen Tann“ stattgehabte Volksversammlung, von 300 Personen besucht, beschloß sich mit der Maifeier. Genosse Vullmer-Hamburg referierte.

Segeberg. Der Streik der Zimmerer ist als beendet anzusehen. Sämtliche Streikenden arbeiten zu den neuen Bedingungen. Durch Unterschrift bewilligt haben 7 Unternehmer. Nicht bewilligt haben 5 Leegen, Am Bahnhof, und C. Böhlens, Hamburgerstraße. Diese Plätze müssen von Verbandsmitgliedern gemieden werden.

Hamburg. Der höhere Blödsinn des Unsterblichkeits herausnahmen, einen Tag zu feiern, den ausnahmsweise die Unternehmungsklassen nicht als Festtag betrachten und nicht von ihr angeordnet ist, so sind die Scharmacher auf das Höchste entrüstet darüber, daß Arbeiter die Maifeier begehen, ohne sie zu fragen. Das kommt so recht zum Ausdruck in folgendem Inserat in Hamburger Blättern:

An alle Schiffsahrts- und Ladungsinteressenten. Der Umstand, daß die überwiegende Mehrzahl der

Schauerleute wegen der sozialdemokratischen Maifeier heute nicht zur Arbeit erschienen ist, stellt die hiesigen Heber, Schiffsagenten und Steuer vor die Notwendigkeit, die vorher bekannt gegebene Maßregel, die feiernden Arbeiter bis zum 11. d. Mts. von der Beschäftigung bei ihnen auszuschließen, zur Durchführung zu bringen. Infolgedessen werden sich Verzögerungen in der Expedition der Schiffe sowie in den damit zusammenhängenden Arbeiten möglicherweise nicht vermeiden lassen. Wir richten daher an alle Beteiligten die dringende Bitte, in Würdigung der Sachlage und der auf dem Spiele stehenden großen Interessen uns in dem uns aufgebrungenen Kampfe gegen den sozialdemokratischen Terrorismus durch weitgehende Nachsicht gegenüber solchen Verzögerungen unterstützen zu wollen.

Hamburg, den 1. Mai 1906.
Berein Hamburger Heber.
Vereinigung Hamburger Schiffsmaier und Schiffsagenten.

Berein der Steuer von Hamburg-Altona von 1886.
Also einmal werfen die Unternehmer ihre Leute auf das Straßpflaster, dann werden letztere dafür verantwortlich gemacht, wenn eine Verzögerung der Expedition eintritt, und schließlich wird von dem uns aufgebrungenen Kampfe gegen den sozialdemokratischen Terrorismus gesprochen. Kann man sich wirklich eine höhere Botenz des Scharmacherwahnsinns vorstellen? Wir glauben kaum, Hamburg. Die Schuhmacher in den Reparaturwerkstätten beschließen, Lohn Differenzen halber am heutigen Mittwoch die Arbeit ruhen zu lassen.

Altona. Zum Morde an der Dora Burmeister. Gegen den des Mordes verdächtigen Metallschleifer Breitholz, der sich seit einigen Wochen in Untersuchungshaft befindet, hat sich angeblich das Belastungsmaterial vermehrt. Er hat stets bestritten, daß er mit der Dora Burmeister bekannt gewesen sei und mit ihr verkehrt habe. Jetzt aber haben sich mehrere Zeugen gefunden, die das Gegenteil behaupten.

Niel. Bei der amtlichen Abstimmung haben sich mehr als zwei Drittel der abstimmenden Geschäftsinhaber für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erklärt.

Wismar. Die hiesigen Tischler sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben den Meistern ihre Forderungen aufgestellt. Wünschenswert ist es, wenn bis auf weiteres der Zugang von Tischlern nach hier ferngehalten wird, wozu diese Zeilen beitragen mögen.

Beste Nachrichten.

Potsdam. Der Leberarbeiter Hennig wurde vom Schwurgericht wegen Raubmordes zum Tode, wegen Diebstahls, schwerer Urkundenfälschung, Körperverletzung zu fünfjährigem Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

München. Nord und Selbstmord. In einem Hause in der Entenbachstraße erstach der Agent Hüttinger seine frühere Geliebte, die Näherin Senwald, und erhängte sich dann.

London. Wie gemeldet wird, ist das Feuer auf dem deutschen Dampfer „Lugano“ gelöscht. Die Bergungsdampfer arbeiten mit Dampfmaschinen, um das Wasser aus dem Schiff zu entfernen. — Nach einer Meldung ist der mit Ausflüglern beladene Dampfer „Courier“ im Kanal bei der Insel Sark gesunken. Nach einer Meldung sind 44, nach einer anderen 4 Personen ertrunken.

Literarisches.

Notleidende Agrarier bestellt sich eine soeben von unserem Münchener Parteiverlage G. Dietz u. Co. herausgegebene Broschüre von Bruno Schmitt. Unter diesem Pseudonym verbirgt sich vermutlich ein Parteigenosse, wohl aber ein genauer Kenner der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Obedsten und Beter, die es immer noch verfehlen, dem Volke seine fauer verdienten Arbeitspfennige durch Bölle und Steuern in feudaler Weise abzuschwehmen. Die Schrift enthält eine Fülle von neuem und bei Wahlen verwendbarem Agitationsmaterial. — Der Preis für die 48 Seiten starke geschmackvoll broschirierte Schrift beträgt 40 Hg.

Für bewiesene zahlreiche Teilnahme und Kräftigen bei der Beerdigung meines Mannes,

Christian Peters,
sage hiermit allen Beteiligten, sowie Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte innigsten Dank.
Sophie Peters
geb. Neckel.

Für die Gratulationen und Geschenke, insbesondere von der Damenabteilung des Arbeiterturnvereins sagen ihren besten Dank.

Max Werner u. Frau
geb. Melis.
Umständehalber eine kleine freundliche Wohnung zu vermieten. Zu erfragen vormittags von 10 bis 12 Uhr.
Hundestraße 65.

Vom Mittwoch den 2. Mai an befinden sich die Geschäftsräume der
**öffentlichen unentgeltlichen
Rechtsauskunftsstelle**
im Hause Parade Nr. 1 (Schloß Rantzau).
Sprechstunden: Werktäglich von 11 bis 1 und 5 bis 7 Uhr, außer Mittwochs nachmittags.
Das Bureau ist geöffnet: Werktäglich von 9 bis 2 und 4 bis 7 Uhr, Mittwochs nur bis 5 Uhr.
— Fernsprecher Nr. 445. —

Wasche mit
Henkel's
Bleich-Soda
überall zu haben.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
gibt
Schneeweisse Wäsche
ohne Bleiche.
Zu haben in allen besseren Geschäften.

Allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank zu unserer Silbernen Hochzeit, insbesondere dem Verband der Tischler Lübeck.

F. Nothmann u. Frau
Marie geb. Langbehn.

Ein freundliches Logis zu verm.
2,50 Mk. Rud. Stolle, Charlottenstr. 32.

Eine Zweizimmer-Wohnung
der Reizeit entsprechend zum 1. Juli zu verm.
Preis 180 Mk. Hundestraße 13.

Zum 1. Juli abgeseh. 2 Zimm.-Wohnung, m. a. 36 (Preis 185—195 Mk.) u. e. 3 Zimm.-Wohnung, part. m. a. 36. (Preis 240 Mk.) evtl. mit Wertstat.
Näheres Kottwitzerstraße 36, part.

Gesucht zu sofort
ein Morgenmädchen
für leichte häusliche Arbeiten
Lackwehr-Mee 1a.

Gesucht ein Junge von 14—16 Jahren beim Milchwagen.
Zu melden im Kontor der Hansa-Weierei.

Zu verkaufen ein guterhaltener moderner Kinderwagen mit Gummireifen.
Waldenmauer 31, unterh. Modenatelerstr.

Bommerlunder
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Bruchheringe
4 Stück 10 Pf.
4 Marktwiete 4.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Gebr. Senff
Möbelkaufhäuser

28 Sandstraße 28, Ecke Klingenberg,
 Schmiedestraße 20, früher Tonhalle,
 und Mariesgrube 9, haben

große Auswahl

in Ausstellungen vorrätig.
 Sofa, verschiedene Bezüge, von 25 Mt. an
 Sofatische, Plüsch, fein, 12-18 Mt.
 Vertikow, hocheleg. Aufsatz mit Spiegel,
 von 28-56 Mt.
 Spiegelschrank, fein, 10 Mt.
 Hoher Pfeiler Spiegel, dazu passend, 12 Mt.
 Kleiderschränke, groß, 22 Mt.
 Kleiderschränke, mit hohem Glasaufsatz,
 24, 50 Mt.
 Bettstellen von 10-16 Mt, fein lackiert.
 Tische, zu den andern Möbeln passend, 5, 7,
 10 Mt.
 Große Pfeiler Spiegel, so lange der Vorrat
 reicht, 18 Mt.
 Neue Spiralmatratzen, unverwundlich im Ge-
 brauch, 12 Mt.

Es lohnt sich, unser großes Lager in
 der Schmiedestraße 20, früher
 Tonhalle, anzusehen; sämtliche Möbel sind

zimmerweise

aufgestellt! Zu melden am
Klingenberg, Ecke Schmiedestraße



Noch nie
dagewesen!!

Gute starke Tourenräder 75 Mt.
 Hochfeine erstklassige Tourenräder 94 Mt.
 Grinner Fahrräder, anerkannt vom Guten
 das Beste, mit allen Neuerungen, wie: Doppel-
 geländelager, Kugellager, Freilauftritt,
 Bremse etc. 125 Mt.

Gute gebrauchte Räder von 25 Mt. an.
 Kulante Bedienung - Zahlungsvereinfachung.

O. Störzner, Zentrale.

Größte Reparaturwerkstatt.
 1a Mantel 6,50 Mt., Schläuche 3,50 Mt., sämt-
 liche Radfahrer-Artikel billigst; ein großer Posten
 hochf. Regentragen 6-7 Mt. pr. Stk., Wert das
 Doppelte.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen,

Grimm's

feinst. Doppelkummel, Krummesser,
 Bunteküh-Kummel

Carl Grimm

Wein- u. Spirituosenhandlung.
 Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

Kommoden

auch auf Kredit!
Friedrich Berg

Verkaufsstellen:
 Augustenstraße 1. Fischergasse 69.



**Arbeiter-
 Radfahrer-
 Verein
 LÜBECK.**

Gegründet 1894.

Verammlung

am Donnerstag den 3. Mai
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Da die Wahl der Delegierten zum Bundesstag
 stattfindet, ist es notwendig, daß die Mitglieder
 zahlreich erscheinen.

Der Vorstand.

**Allgemeine
 Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft.
 Betriebsverwaltung Lübeck.**

Fahrplan.

Gültig vom 1. Mai 1906.

A. Hauptlinie.

Richtung: St. Gertrud-St. Jürgen.

Abfahrt Moeckstraße nach Krankenhaus: (Rotes Licht) 6.55, 7.05, 7.15,
 7.25, 7.35, 7.45, 7.55, usw. alle 10 Min. bis abends 10.25 Uhr.

Abfahrt Kirchhof nach Krankenhaus: (Grünes Licht) 7.00, 7.10, 7.20,
 7.30, 7.40, 7.50, 8.00, usw. alle 10 Min. bis abends 10.30 Uhr.

Richtung: St. Jürgen-St. Gertrud.

Abfahrt Krankenhaus nach Kirchhof: (Grünes Licht) 7.18, 7.28, 7.38,
 7.48, 7.58, 8.08, 8.18, usw. alle 10 Min. bis abends 10.48 Uhr.

Abfahrt Krankenhaus nach Moeckstraße: (Rotes Licht) 7.23, 7.33, 7.43,
 7.53, 8.03, 8.13, 8.23, usw. alle 10 Min. bis abends 10.53 Uhr.

B. Holstentorlinie.

Richtung: Kohlmarkt-St. Lorenz.

Abfahrt Kohlmarkt nach Krempeisdorf: (Rotes Licht) 6.50, 7.00, 7.10,
 7.20, 7.30, 7.40, 7.50, usw. alle 10 Min. bis abends 10.20 Uhr.

Abfahrt Kohlmarkt nach Schwartauer Allee: (Grünes Licht) 6.55, 7.05,
 7.15, 7.25, 7.35, 7.45, 7.55, usw. alle 10 Min. bis abends 10.15 Uhr.

Richtung: St. Lorenz-Kohlmarkt.

Abfahrt Krempeisdorf nach Kohlmarkt: (Rotes Licht) 7.13, 7.23, 7.33,
 7.43, 7.53, 8.03, 8.13, usw. alle 10 Min. bis abends 10.43 Uhr.

Abfahrt Schwartauer Allee nach Kohlmarkt: (Grünes Licht) 7.12, 7.22,
 7.32, 7.42, 7.52, 8.02, 8.12, usw. alle 10 Min. bis abends 10.32 Uhr.

Nach Beendigung von Konzerten verkehren evtl. in beiden Richtungen Spätwagen.
 Die Frühwagen 6.50 und 7.00 Uhr von Kohlmarkt nach Krempeisdorf,
 " 7.13 " 7.23 " " Krempeisdorf nach Kohlmarkt,
 " 6.55 " 7.05 " " Kohlmarkt nach Schwartauer Allee,
 " 7.12 " 7.22 " " Schwartauer Allee nach Kohlmarkt

verkehren in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März (Winterhalbjahr) nicht.

Das Besteigen und Verlassen der Straßenbahnwagen innerhalb der Halteplätze vor
 den Eisenbahn-Übergängen am Bahnhofe ist verboten.

C. Israelsdorfer Linie.

Richtung: Geibelplatz-Israelsdorf. | Richtung: Israelsdorf-Geibelplatz.
 Abfahrt Königstraße nach Forsthalde. | Abfahrt Forsthalde nach Königstraße.

1. Vom 1. Mai bis 30. September.

Vorm. 7.07, 7.27, 7.47, 8.07, usw. | Vorm. 7.22, 7.42, 8.02, 8.22, usw.
 alle 20 Min. bis nachmittags 2.07 Uhr. | alle 20 Min. bis nachmittags 2.22 Uhr.

Nachm. 2.07, 2.17, 2.27, 2.37, 2.47, | Nachm. 2.22, 2.32, 2.42, 2.52, 3.02,
 2.57, 3.07, 3.17, usw. alle 10 Min. bis | 3.12, 3.22, usw. alle 10 Min. bis abends
 abends 9.27 Uhr. | 10.02 Uhr.

An Sonntagen 9.47, 10.07, 10.27 abds. | An Sonntagen 10.22, 10.42, 11.02 abds.

An Sonntag-Nachmittagen und an Wochentagen, wenn anlässlich stattfindender
 Konzerte, Schulfeierlichkeiten usw. ein größerer Verkehr auf der Israelsdorfer Linie zu
 erwarten steht, wird die Wagenfolge durch Einlegung von Extrawagen auf dieser Linie
 auf einen 5 Minuten-Verkehr nach Bedarf verstärkt und eventuell an Konzerttagen bis
 abends 11.22 Uhr verlängert.

2. Vom 1. Oktober bis 31. März.

7.07, 7.27, 7.47, 8.07, usw. alle | 7.22, 7.42, 8.02, 8.22, usw. alle
 20 Min. bis abends 8.07 Uhr. | 20 Min. bis abends 8.32 Uhr.

3. Vom 1. April bis 30. April.

Vorm. 7.07, 7.27, 7.47, 8.07, usw. | Vorm. 7.22, 7.42, 8.02, 8.22, usw.
 alle 20 Min. bis nachmittags 2.07 Uhr. | alle 20 Min. bis nachmittags 2.22 Uhr.

Nachm. 2.07, 2.17, 2.27, 2.37, 2.47, | Nachm. 2.22, 2.32, 2.42, 2.52, 3.02,
 2.57, 3.07, 3.17, usw. alle 10 Min. bis | 3.12, 3.22, usw. alle 10 Min. bis abends
 abends 8.17 Uhr. | 8.32 Uhr.

An den Nachmittagen der Sonn- und Festtage verkehren die Wagen auf dieser
 Linie von nachmittags 3 bis abends 10 Uhr alle 10 Minuten und von abends 10
 bis 11 Uhr alle 20 Minuten.

Preussische Lose.

Zur Hauptziehung vom 7.-31. Mai 1906 sind noch

zu M. 20, M. 25, M. 50, M. 100, M. 200,
 bei mir zu haben.

Lübeck, Johannisstr. 10. Teleph. 58 **Falek,**
 Kgl. Lotterie-Einnehmer.

214. Preussische Klassen-Lotterie.

Größere Anzahl Lose in 1/4 | 1/8 | 1/10 Abschnitten zur 5. Klasse vorrätig.

**Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer,
 Braunstr. 36.**

Achtung Holzarbeiter!

Diejenigen Kollegen, welche wegen
 der Waisfeier ausgesperrt sind, haben
 sich täglich um 9 1/2 Uhr vormittags
 und 3 1/2 Uhr nachmittags bei Kar-
 Schröder, Leberstr. 3, zur Kontrolle
 zu melden.

Die Lokalverwaltung.

**Konsumverein
 von Stockelsdorf und Umg.**

E. G. m. b. G.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Freitag den 4. Mai

abends 8 1/2 Uhr

bei Herrn Paetau, Fackenburg

Zaun-Ordnung:

Abänderung des § 41, Absatz 1, und des § 46
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Fleischer
 und Berufsgenossen Deutschlands.**

(Zahlstelle Lübeck)

Verammlung

am Mittwoch den 2. Mai

abends 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
 Tagesordnung wird in der Versammlung be-
 kannt gemacht.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
 Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

Der Gesellschaftsabend findet nicht am
 6. Mai, sondern

am Sonntag den 13. Mai statt.

Der Vorstand.

Klub Fidelitas.

Gr. Gesellschafts-Abend
 mit Aufführungen, Reigenfahrten,
 Pyramiden etc.

am Sonntag, 6 Mai

in Wakenitz-Bellevue.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Einführung gestattet.

Der Vorstand

Hansa-Theater

Donnerstag den 3. Mai,
 Gastspiel des

Metropol-Ensemble

unter pers. Leitung d. Dir. Max Samst

Onkel Cohn

Schwank in 4 Akten von R. Schwarz.

In fast allen Städten Deutschlands,
 Hollands und der Schweiz tausende-
 male aufgeführt. In Berlin allein 500
 mal. Von der gesamten Presse in
 allen Hauptstädten in größtartigster
 Weise besprochen.

Onkel Cohn — — — Dir. Max Samst.
 Tränen werden gelacht.

Urkommisch — Sensationell.
 Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft
 und 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Wilhelm-Theater.

Sonntag den 6. Mai, abends 8 Uhr.

Doppel-Ehe.

Preisgekrönte Schwanke in 3 Akten
 von Kraatz.

Billetts von heute ab im Vorverkauf bei F. W.
 Kaibel und H. Drefalt, Sandstraße

Stadthallen-Theater.

Donnerstag den 3. Mai 1906:
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Schützenliesel.

Operette in 3 Akten von G. Her.

Die sozialpolitischen Mühlen

der Regierung mahlen ungeheuer langsam. Einen Beweis dafür liefert die Geschichte des Schutzes der Bäckerarbeit. Als im Jahre 1899 die Schweinereien in Würzburger Bäckereien enthält und vom Gewerken Bebel im Reichstage zur Sprache gebracht wurden, da gab der Minister für Sozialpolitik, Graf Posadowsky, die Notwendigkeit eines Eingreifens zu. Aber es dauerte noch anderthalb Jahre, bis ein Entwurf der preussischen Regierung herauskam. Die Bäcker hatten Ursache, mit diesem Entwurfe für den größten Bundesstaat Deutschlands als nicht weitgehend genug unzufrieden zu sein, besonders mit der festgesetzten Uebergangszeit von zehn Jahren für bestehende Betriebe. Aber sie glaubten doch, das Gute, das ihnen die Verordnung gegen bisherige unbillige Zustände bieten sollte, zunächst mit Befriedigung hinnehmen zu müssen. Sie glaubten auch, daß die übrigen Bundesstaaten, soweit sie es noch nicht getan, bald dem Beispiele Preussens durch Erlass von gleichen Verordnungen folgen würden.

Sechs Jahre sind aber seit Bekanntwerden dieses Entwurfs verfloßen und noch immer ist nichts geschehen!

Statt dessen tauchte im November desselben Jahres ein neuer Entwurf einer Bäckerverordnung für das Reich auf, welcher den Maximalarbeitsstag der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 in eine zehnstündige Maximalarbeitszeit umzuwandeln, also dieses Gesetz ganz bedeutend verschlechterte wollte.

Wegen dieser geplanten Verschlechterung wandten sich die Bäckerarbeiter mit aller Schärfe. Noch mehr wurde ihr Protest herausgefordert, als ein Rundschreiben des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Ministerien der anderen Bundesstaaten und die preussischen Regierungspräsidenten erkennen ließ, daß man die Verschlechterung des Maximalarbeitsstages mit den sanitären Vorschriften für das ganze Reich verquiden wollte! Und nicht nur von den Bäckerarbeitern, sondern von jedem einflussreichen Sozialpolitiker wurde diese Verquidung beider Entwürfe als ein Hohn auf die Sozialgesetzgebung Deutschlands bezeichnet und das mit Recht!

Seit jener Zeit hat man nichts wieder von diesen Entwürfen gehört, als daß die Bäckermeister, die man scheinbar dadurch gewinnen und ihren ganz unberechtigten Widerstand gegen die sanitären Vorschriften mißhandeln wollte, wohl die Verlängerung der Arbeitszeit hinnehmen wollten, aber gegen die neue Sanitätsordnung Sturm liefen!

Es ist endlich erfährt die „Deutsche Bäckerztg.“ (das Gehilfenorgan), daß man über die Erhebungen immer noch nicht hinausgekommen ist, denn am 26. April fand in Mannheim eine Sitzung, einberufen vom Vorstand der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie-Verbandsvereine, in welcher sich gutachtlich zu einer Bäckerverordnungs-Vorlage zu äußern sollte. Dieser Sitzung wurde folgender Entwurf unterbreitet:

Es wird beabsichtigt, die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereier hergestellt werden, durch Polizeiverordnung der Landesbehörden einheitlich zu regeln. In diesem Besuche ist ein Entwurf aufgestellt worden, der folgende auf Grund des § 120c Abs. 2 der Gewerbeordnung zu erlassenden Vorschriften enthält:

1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen.

Das Maß von 0,50 Metern kann auf 1 Meter erhöht werden, wenn an der zugehörigen Außenwand ein durchgehender Licht- und Lüftungsgang hergestellt wird. Der Graben muß mindestens 1 Meter breit sein und mit seiner gut zu entwässernden Sohle mindestens um 0,15 Meter tiefer als der Fußboden der umliegenden Räume liegen.

2. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag Ausnahmen zulassen, wenn auf andere Weise durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist.

3. Die Arbeitsräume müssen mindestens zwei Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Teile der Räume Licht und Luft in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen unmittelbar ins Freie führen und so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können.

4. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag abweichend von den vorstehenden Vorschriften ausnahmsweise die Benutzung von Arbeitsräumen bis zu einer Mindesthöhe von 2,50 Metern gestatten, soweit nicht das örtliche Baurecht an Räumen, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, höhere Anforderungen stellt.

5. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen und gegen das Eindringen von Erdfeuchtigkeit hinreichend geschützt sein.

6. Die Räume und Wände müssen, soweit sie nicht mit einer glatten, abwischbaren Bekleidung oder mit einem wasserdichten Anstrich versehen sind, jährlich mindestens einmal mit Kalkmilch angestrichen werden. Der wasserdichte Anstrich muß mindestens alle fünf Jahre erneuert werden.

7. In Arbeitsräumen, in denen die Herstellung von Backwaren erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 16 Kubikmeter Luftraum entfallen. Zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten hervor tretenden Bedürfnisses ist eine dichtere Belegung der Arbeitsräume gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß wenigstens 10 Kubikmeter auf die Person entfallen müssen.

8. Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, ihre Kleider sauber zu verwahren und sich an einem ausreichend erwärmten Orte zu waschen und umzukleiden.

9. In den Arbeitsräumen sind täglich zu reinigende Spindkäpfe, und zwar in jedem Arbeitsraume einer aufzustellen. Das Ausputzen auf den Fußboden soll verboten werden.

10. In jedem Arbeitsraum, in welchem die Herstellung von Backwaren erfolgt, ist ein Abdruck dieser Verordnung und ein von der Ortspolizeibehörde zur Befestigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneten Auszug anzubringen, aus dem ersichtlich ist:

a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes;

b) der Inhalt des Raumes in Kubikmetern;

c) die Zahl der Personen, die nach Ziffer 4 oder nach Ziffer 8 in den Arbeitsräumen regelmäßig beschäftigt werden darf.

11. Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, auf Antrag für bestehende Anlagen, solange sie nicht eine wesentliche Erweiterung oder einen Umbau erfahren, Ausnahmen von Ziffer 2 und 4 zuzulassen, wenn darin die Arbeiter in anderer Weise gegen Gefahren für ihre Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Durch diese Vorlage ist der Entwurf von 1900, wie die „Deutsche Bäckerztg.“ betont, wesentlich vergrößert, oder auch abgemildert und verschlechtert. Man glaubt auch in diesem Falle wieder zarte Rücksicht auf den geheiligten Profit der Bäckermeister und Hausagrarier nehmen zu müssen. Das Gehilfenorgan fordert deshalb die Kollegen auf, durch Massenprotest gegen diese Verschleppungs- und Verschlechterungstaktik der Regierungen dafür, daß uns und allen Volkswirtschaften endlich derjenige Schutz zu teil wird, der schon seit sieben Jahren von den Regierungen als unumgänglich notwendig erachtet worden ist!

Den weißen Einband ihres Rechenbuchs. Mehr als ein Wunder! Wenn man es auch zeigte — ob dem Mädchen oder Opa Jakob oder Tante Thea oder dem Uhrmacher, welcher kam, um die Uhren zu regulieren — keiner riet daran. Es war Großmutter's Nase, es war Großmutter's Arm, und der schmale Kragen — nichts war vergessen, kein Härchen, kein Fältchen, kein Sprung in den Ohrringen aus Metallkorallen.

„Wenn das meine Tochter wäre,“ sagte Tante Thea, deren einer Sohn Bariton, und deren zweiter Geiger werden wollte, die ganze Familie schien Künstlerblut in den Adern zu haben, „wenn meine Tochter ein solches Talent hätte, dann ließe ich sie ausbilden, so gewiß zweimal zwei vier ist.“ Und Opa Jakob, ein Opa, der in Bad-Ischl studierte und den die Russen und Nichten einst besetzen würden, bewunderte die Zeichnungen bewundert und meinte, daß sie ein solches Talent verrieten, daß Papa damit ansina, einen Zeichenlehrer ausfindig zu machen, der für vierzig Centn Privatstunden ansetzte — und das war ein Mann, dessen Werke in einer Pariser Ausstellung an der Rampe gehängt hatten! Der Unterricht dauerte anderthalb Jahre, und anderthalb Jahre währte die Familienfreude. Während anderthalb Jahren übte die sich bewundernd über eine Mappe vollgezeichnete Hände, Tafeln, Leinwand, Bänderboxen, Stühle, Tische, Gipsvorlagen und einem nach Gips gezeichneten Pferde neigten, einem Pferde, von dem man jeden Augenblick erwartete, daß es sich vom Papier erheben würde. Aber nach Jahreslang, an 80 Sonnenstunden, wurde Mädchen bei jedem neuen Besuch auf die Bodenstube geschickt, um die Mappe zu holen. Aber nach Jahreslang gab es Bewunderung, bestrichenes Lächeln, Seufzender über Kunst, Betrachtungen über das göttliche Talent, Familienrühm, Schmeicheln mit Holzohle von Opa Jakob und Papastücken von Tante Thea. Und das würde noch länger so fortgedauert haben, wenn der Mann, der in Paris „an der Rampe“ gehängt hatte, nicht bei einem allzu üppigen Diner, das er sich nach dem ersten Verkauften

Wilde gönnte, das Zeilische geignet hätte. Andere Familien würden sich durch diese Nachlese der Kunst möglicherweise haben abschrecken lassen. Papa, von Mädchen angeflirtet, und ein wenig neidisch auf den Baritonisten, der bei einem Wohltätigkeitskonzert für eine Witwe mit neun Kindern mitgewirkt hatte und der mit vollem Namen in der Zeitung genannt worden war, mochte einen energischen Sprung nach dem violettfarbenen Kunsthorizont, nahm die einzige Tochter aus der Schule, wo sie doch nichts lernte und ließ sie, damit auch den Rat des Hausarztes befolgend, eine Zeichen-Akademie besuchen. Dort machte Mädchen ungewohnte Fortschritte. In der alljährlich stattfindenden Schülerausstellung, bei welcher sie sich wirklich nicht so übel ausnahm, gingen Papa, Mama, Großmutter, Tante Thea, Opa Jakob, Bariton- und Geiger-Cousin wie ein hochgefeiertes, bewunderndes Häuflein, hin und wieder erregt durcheinander sprechend, dann wieder in ehrfürchtigen Schweigen, zwischen den Eltern, Vätern, Schwestern und Vettern der übrigen Aspirantenkünstler einher. Die endlosen Korridore, die großen, hohen Säle wurden freudig durchschritten. Und Mädchen, die mit hochroten Wangen umherging und ein wenig relegen über Opa Jakobs allzu laut geäußerte Kritik, daß nur ihre Arbeit etwas wert sei, bekam Hände rüde und Kräfte in die Wangen. Alles erlöschte sonnensohlen — bis sie in die Klasse kam, wo der Stuhl durch den Binsel ersetzt wurde.

„Was sagst Du da?“ Opa's Stimme fuhr tobernd aus der dunklen Welt aufgesperrten Mundhöhle. Und als Mädchen, ohne daß sie den Mut gehabt hätte, ihn dabei anzusehen, ließ sie wiederholte: „Jawohl, Papa, nach . . .“, da erblickte die Großmutter — Mama schob ihren Stuhl unruhig zurück, ohne an den neuen Teppich zu denken — und Papa faltete die fleischig-festigen Hände zornig über den besten Gliedern seiner goldenen Uhrkette.

In dem Zimmer hing eine gleichsam entsetzt-lautschende Stille, wie etwa nach einem unerwarteten ohrenschmerzhaften Knall. Der Großmutter Wimpern zuckten — Mama lehnte sich wie zerschlagen in ihren Stuhl zurück, auf eine zweite Explosion vorbereitet — Papa trampfte den Mund zusammen, wie jemand, dem plötzlich der Atem entzogen wird. Mädchen selber, die wie eine Quarzglas mit blutunterlaufenen Augen schamlos und frechhaft die Bombe geworfen hatte, fuhr sich in nervöser Spannung, ob sich das Echo des Donner-schlages wiederholen würde, unruhig mit beiden Händen über die Kniee . . .

Die Sache verhielt sich folgendermaßen:

Als Mädchen ein hässliches Mädchen von zwölf Jahren war, pflegte sie ihre holländischen und französischen Schreibhefte, ebenso wie ihre Geographie- und Geographiebücher — mit Stichen von Menschen, Tieren und Häusern zu illustrieren. Es war ein Wunder. Ohne daß irgend jemand es ihr gelehrt hatte, so ganz aus sich selber nur, konnte sie in der kahlenen Stadt eine Kuh mit befeindeten Eutern so zeichnen, daß die ganze Familie davon sprach. Wenn die Großmutter am Mittwoch Nachmittag — am Mittwoch war keine Schule — in dem Behnshuhl am Fenster eingeschlafen war, dann machte Mädchen jedesmal eine Photographie auf

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 30. April 1906.

90. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Reichsfinanzreform und zwar steht zunächst zur Verhandlung die Brauereivorlage.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen v. Helldorf beginnt die Beratung bei § 3a, nach dem die Steuer betragen soll:

von den ersten 250 Doppelzentnern	4,— M.
von den folgenden 250	4,50
500	5,—
1000	5,50
1000	6,—
1000	6,50
1000	7,—
1000	8,—
1000	9,—
von dem Reste	10,—

Dr. Südekum (SP.): Trotz aller Ablehnung läuft die Vorlage auf eine Belastung des Konsums hinaus. Daran werden auch die Ermäßigungen nichts ändern, die die Kommission an den Sägen der Regierungsvorlage vorgenommen hat. Wenn die Brauereien nicht den größten Teil ihres heutigen Reingewinns an den Fiskus abgeben wollen — und das wird ihnen natürlich nicht einfallen — so müssen sie die Steuer abwälzen suchen und zwar zunächst auf das Mittelglied zwischen Produzenten und Konsumenten, die Gastwirte. Da die Aktien der großen Brauereien nicht gefallen, sondern gestiegen sind, so ergibt sich, daß die Brauereien bereits entschlossen sind, die Abwälzung vorzunehmen, und auf vollen Erfolg dabei zu rechnen. Wohlverstanden sind nur die Aktien der Großbrauereien, nicht die der Kleinbrauereien gestiegen. Die Staffelung wird also gerade wie die württembergische, schließlich nur dazu beitragen, die Großbrauereien auf Kosten der Kleinbrauereien zu begünstigen. Die Entwicklung zum Großbetriebe läßt sich eben nicht durch steuer-technische Maßnahmen aufhalten. Wir werden die Kommissionsfassung ebenso verwerfen wie die Regierungsvorlage. (Lebh. Beifall h. d. Sog.)

Nettich (R.): Wir werden für die Kommissionsfassung stimmen, obwohl wir bedauern, daß die höheren Regierungssätze abgelehnt sind. Ungeachtet so niedriger Sätze kann von einer Verteuerung des Konsums keine Rede sein. Wenn ein Teil der Schankwirtschaften, namentlich in Berlin, eingehen würde, so wäre das kein Unglück.

Dr. Müller-Sagan (FVP.): Den Herren von der Rechten ist also die vorgeschlagene Staffelung noch viel zu niedrig. Ich kann die Ausführungen des Dr. Südekum durchweg unterschreiben. Alle Bemängelungen helfen nicht darüber hinweg, daß es sich bei der vorgeschlagenen Brauereivorlage um eine Geringfügigersteuer oder Sonder-gewerbesteuer handelt. Warum soll nun aber gerade das Braugewerbe mit einer solchen Sondersteuer belastet werden? Warum nicht z. B. auch die Schweißindustrie? Dazu würden allerdings die Nationalliberalen nicht ja sagen. (Sehr gut! links.) Die konsumsteigernde Wirkung der Biersteuer kann ebenfalls nicht in Abrede gestellt werden. Wollen sie ferner noch mit Profit arbeiten, so müssen die Brauereien die Steuer abwälzen. Die Staffelung wird die Abwälzung nicht verhindern, sie wird vielmehr durch Entfestigung eines stärkeren Konkurrenzampfes gerade den kleinen Brauereien schaden. Abg. Nettich wünscht von der Steuer eine Einschränkung des Biergenusses, freilich, seinen Freunden ist mehr an der Stebung des Schnapskonsums gelegen. (Sehr wahr! links.) Die Vorlage muß auch deshalb abgelehnt werden, weil sie im Widerspruch zu § 6 des Stotengesetzes steht. (Beifall links.)

Reichssekretär v. Stengel dankt der Kommission für ihre fleißige, sachliche Arbeit; von einer starken Belastung des Konsums kann wohl keine Rede sein, da schon nach der Regierungsvorlage die Erhöhung nur einen halben Pfennig pro Seidel betragen würde.

Er dreht sich in seinem Grab herum . . .

Von Herm. Fehrmann jr.

„Was sagst Du da?“ Opa's Stimme fuhr tobernd aus der dunklen Welt aufgesperrten Mundhöhle.

Und als Mädchen, ohne daß sie den Mut gehabt hätte, ihn dabei anzusehen, ließ sie wiederholte: „Jawohl, Papa, nach . . .“, da erblickte die Großmutter — Mama schob ihren Stuhl unruhig zurück, ohne an den neuen Teppich zu denken — und Papa faltete die fleischig-festigen Hände zornig über den besten Gliedern seiner goldenen Uhrkette.

In dem Zimmer hing eine gleichsam entsetzt-lautschende Stille, wie etwa nach einem unerwarteten ohrenschmerzhaften Knall. Der Großmutter Wimpern zuckten — Mama lehnte sich wie zerschlagen in ihren Stuhl zurück, auf eine zweite Explosion vorbereitet — Papa trampfte den Mund zusammen, wie jemand, dem plötzlich der Atem entzogen wird. Mädchen selber, die wie eine Quarzglas mit blutunterlaufenen Augen schamlos und frechhaft die Bombe geworfen hatte, fuhr sich in nervöser Spannung, ob sich das Echo des Donner-schlages wiederholen würde, unruhig mit beiden Händen über die Kniee . . .

Die Sache verhielt sich folgendermaßen:

Als Mädchen ein hässliches Mädchen von zwölf Jahren war, pflegte sie ihre holländischen und französischen Schreibhefte, ebenso wie ihre Geographie- und Geographiebücher — mit Stichen von Menschen, Tieren und Häusern zu illustrieren. Es war ein Wunder. Ohne daß irgend jemand es ihr gelehrt hatte, so ganz aus sich selber nur, konnte sie in der kahlenen Stadt eine Kuh mit befeindeten Eutern so zeichnen, daß die ganze Familie davon sprach. Wenn die Großmutter am Mittwoch Nachmittag — am Mittwoch war keine Schule — in dem Behnshuhl am Fenster eingeschlafen war, dann machte Mädchen jedesmal eine Photographie auf

Wilde gönnte, das Zeilische geignet hätte. Andere Familien würden sich durch diese Nachlese der Kunst möglicherweise haben abschrecken lassen. Papa, von Mädchen angeflirtet, und ein wenig neidisch auf den Baritonisten, der bei einem Wohltätigkeitskonzert für eine Witwe mit neun Kindern mitgewirkt hatte und der mit vollem Namen in der Zeitung genannt worden war, mochte einen energischen Sprung nach dem violettfarbenen Kunsthorizont, nahm die einzige Tochter aus der Schule, wo sie doch nichts lernte und ließ sie, damit auch den Rat des Hausarztes befolgend, eine Zeichen-Akademie besuchen. Dort machte Mädchen ungewohnte Fortschritte. In der alljährlich stattfindenden Schülerausstellung, bei welcher sie sich wirklich nicht so übel ausnahm, gingen Papa, Mama, Großmutter, Tante Thea, Opa Jakob, Bariton- und Geiger-Cousin wie ein hochgefeiertes, bewunderndes Häuflein, hin und wieder erregt durcheinander sprechend, dann wieder in ehrfürchtigen Schweigen, zwischen den Eltern, Vätern, Schwestern und Vettern der übrigen Aspirantenkünstler einher. Die endlosen Korridore, die großen, hohen Säle wurden freudig durchschritten. Und Mädchen, die mit hochroten Wangen umherging und ein wenig relegen über Opa Jakobs allzu laut geäußerte Kritik, daß nur ihre Arbeit etwas wert sei, bekam Hände rüde und Kräfte in die Wangen. Alles erlöschte sonnensohlen — bis sie in die Klasse kam, wo der Stuhl durch den Binsel ersetzt wurde.

Großmutter, die zuerst aus ihrer Beläunung erwachte, wandte sich in jugendlicher Scham dem angelaufenen Fenster zu. Und in vorwurfsvollem Entsetzen sprach sie mit blutlos bebenden Lippen: „Nacht, nacht, nacht! . . .“, mit diesen drei entsetzten Worten ausgesprochen, die ganze Stille aufgetaut, sprang Papa plötzlich mitten auf und schob seinen Stuhl so ungestüm zurück, daß die Uhr ein Loch in die neue Tapete rief. Sie gebendend wie ein Hieb einer

Dr. Becker-Hess (M.) verteidigt die vorgeschlagene Staffelung der Steuer. Wenn man das Bier als Nahrungsmittel, als flüssiges Brot, bezeichnet, so ist es jedenfalls ein sehr teures Nahrungsmittel. Eine Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten halte ich für ausgeschlossen.

Gump (M.): Ich glaube nicht, daß in Folge der Steuer eine Einschränkung des Konsums und Erhöhung der Preise eintreten wird. Daß die Agrarier auch mal von der Beschneidung Vorteil haben (Zuruf: mal? Weiter!) kann doch kein Grund sein, dagegen zu stimmen.

Dr. Bachmair (Fg.): Wenn man sagt, daß das Bier nicht genügend belastet ist, beachtet man nicht, daß hier das Gebiet der norddeutschen Brauereigenossenschaft mit anderen Steuern in ganz Deutschland verglichen wird. In § 6 des Flottengesetzes hat das Zentrum die Belastung des Massenkonsums verschleppen wollen; will es diesen Standpunkt jetzt verlassen? Die Staffelung schadet nicht vor der Ueberwälzung der Steuer auf den Konsumenten. (Beifall links.)

Finanzminister v. Rheinbaben: Das Bier bringt nur 31 Millionen Mark gegenüber 130 beim Zucker, 140 beim Branntwein. In Deutschland werden fast 1 1/2 Milliarden jährlich für Bier ausgegeben (Hört! hört! rechts), da handelt es sich doch nicht um ein Nahrungsmittel. Daß durch die Steuer die Preise nicht erhöht werden, zeigt das Beispiel Süddeutschlands, wo eine höhere Steuer besteht. Bei der Erbschaftsteuer hat die Regierung großes Entgegenkommen gezeigt, aber die Voraussetzung war die Schaffung starker indirekter Steuern.

Speck (S.): Die vom Finanzminister angeführten Zahlen über den Bierkonsum beweisen gerade, daß es sich um ein Volksnahrungsmittel handelt, wenigstens ist es in Süddeutschland der Fall. Die von mir vorgeschlagene Staffelung trägt den Bedürfnissen der Brauereien in höherem Maße Rechnung als die Kommissionsbeschlüsse, gegenüber denen sie eine Herabminderung um etwa eine Million Mark darstellen. (Bravos! Zentr.)

Es ist ein Antrag Singer auf namentliche Abstimmung eingegangen.

Reichssekretär Frhr. v. Stengel: Der Antrag Speck bedeutet einen Ausfall von 4 1/2 Millionen gegenüber dem Antrage der Kommission. Noch bedenkllicher ist, daß er einen Abfall von der positiven Arbeit der Kommission darstellt; ich bitte daher das Zentrum dringend, zu erwägen, ob es nicht besser ist, ihn zurückzuziehen. (Beifall rechts.)

Brühn (M.) erklärt sich gegen die Steuer, die eine ungerechte Belastung der Gastwirte und der Volkswaffen sei.

Stolle (S.) [bei der großen Unruhe im Hause auf der Tribüne schwer verständlich]: Die Brauerei muß mit Notwendigkeit von den Bauern und den Gastwirten auf die Bevölkerung übertragen werden. Das widerspricht dem § 6 des Flottengesetzes, denn es ist ganz klar, daß das Bier ein Artikel des Massenkonsums ist. Der natürliche Weg zur Deckung der Mittel ist die Erhöhung der Matrikularbeiträge. Das will man aber nicht. Im Jahre 1879 hat das Zentrum zu den Matrikularbeiträgen eine ganz andere Stellung eingenommen als heute. Damals erklärte Windthorst, die Matrikularbeiträge seien nötig, um den föderativen Charakter des Reiches zu erhalten. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Reichstag hat nach der Bewilligung der indirekten Steuern keinerlei Einfluß mehr auf ihre Erhebung. Ganz anders ist es mit der alljährlich festzusetzenden Höhe der Matrikularbeiträge. Auch hier ist das Zentrum so weit herunter gekommen, daß es mir nichts, dir nichts auf alle Rechte des Reichstags verzichtet. Aus der Zusammenstellung einer Aktiengesellschaft mit einer halben Million Kapital ergibt sich, daß diese Brauerei sowohl durch die Regierungsvorlage wie durch den Antrag Speck nicht nur ihre ganze bisherige Dividende von ungefähr 5 Prozent verlieren, sondern auch ein so starkes Defizit haben würde, daß sie in wenigen Jahren zu Grunde gerichtet sein würde. Die Regierung beruft sich darauf, daß die Brauereien einen so großen Nutzen hätten, daß sie die Abgaben ohne Mühe tragen könnten. In Wahrheit beträgt der Gewinn nach einer unbeschränkten Statistik bei einem Verbrauch bis zu 2000 dz 3,20 Mk., von 3000 dz 3,37 Mk., bei 4000 dz 4,27 Mk., bei 5000 4,65 Mk., bei 7000 5,38 Mk., bei 10000 5,48 Mk. und erst bei mehr als hunderttausend 7,5 Mk. Es liegt mir ganz fern, hier zu Gunsten des Großkapitals zu sprechen, aber wenn sie die Prosperität der Aktiengesellschaften ganz aufheben, so hindern sie jeden Fortschritt in jedem Gewerbe. Die Verhältnisse der süddeutschen Brauereien lassen sich mit denen der norddeutschen nicht vergleichen, weil diese den Abzug in der Höhe der Brauerei haben und dadurch Spesen sparen. Wir können aus allen diesen Gründen den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen. Wir verlangen, daß die fehlenden Mittel des Reiches durch

eine direkte Steuer, die nicht die Massen belastet, aufgebracht werden. (Beifall h. d. Soz.)

Dr. Wolff (Wirtsch. Pg.) erklärt, daß seine Freunde wegen der Ablehnung des Ausfuhrzolles auf Kali und Lumpen gegen den § 3 stimmen würden.

Hierauf verliert sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Dr. Müller-Sagan (Fg.): Der Finanzminister hat mir unterstellt, daß ich von einer Kollage der Großbrauereien gesprochen hätte, ich habe konstatiert, daß die Schultheißbrauerei 18 Pros. Dividende verteilt. Wenn er das für eine Kollage hält, so wünsche ich ihm eine solche für die Verzinsung unseres Kapitals. (Weiterkeit.)

Präsident Graf v. Helldorf veranlaßt mit Rücksicht auf die morgen 12 Uhr stattfindende Trauerfeier für den verstorbenen Minister v. Budde die nächste Sitzung auf Dienstag 2 Uhr an.

Fortsetzung der heutigen Beratung, Tabaksteuer.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Soziales und Kurioses.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Maurerstreik in Bismarck. In einer von nahezu 500 Maurern besuchte Versammlung wurde gegen nur 22 Stimmen der Streik beschlossen. Gefordert werden 42 Pfg. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Die Arbeit wird sofort niedergelegt, wenn die Unternehmer sich nicht bereit erklären, den Forderungen der Maurer zu entsprechen. Es wird ermahnt, Bezug zu vermeiden. — Von der Breslauer Metallarbeiter-Aussperrung ist zu berichten, daß sich die in die Wege geleiteten Verhandlungen zerfallen haben. — Im Breslauer Sängerverein stehen ebenfalls schwere Kämpfe bevor. — Die Vorkabewegung der Mainzer Holzarbeiter hat mit einem Erfolge abgeschlossen. — In Gießen wurden die Tabakspinnarbeiterinnen erklärt sich mit den Ausgesperrten solidarisch und legten die Arbeit nieder. — Die Arbeitergesellschaft der Firma F. u. M. Meyer in Wachen nahm mit 149 gegen 86 Stimmen das zwischen dem Arbeiteraussschuß und der Firma getroffene Abkommen an, so daß die erneute Einstellung der Arbeit und die damit verbundene allgemeine Aussperrung ausgeschlossen ist. — Der Konflikt in der Nähmaschinenfabrik von Heilbronn u. Lode zu Meissen ist beigelegt. Bekanntlich waren die Differenzen bei der Firma Dieckhoff u. Lode der ursprüngliche Anlaß für die brutale Massen-Aussperrung der Metallarbeiter in der Reichshauptmannschaft Dresden. Erst später, als ein Eintrag mit der Firma nur an den Maßregelungsgelassen der Firma scheiterte, mußte die Forderung der Streik und Formel herhalten, um die Aussperrung zu „rechtfertigen“. Am Donnerstag sind nun die Differenzen mit der Firma Dieckhoff u. Lode völlig beigelegt worden. Lediglich hat die Firma sich verpflichtet, sämtliche Streikenden und Ausgesperrten wieder einzustellen.

Unternehmer-Unverfrohenheit! Die, in den Oefenfabriken beschäftigten circa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen hatten den Unternehmern einen Tarifentwurf unterbreitet in dem für Arbeiter über 18 Jahre ein Mindestlohn von 26 Pfg. pro Stunde verlangt wurde. Die Unternehmer haben darauf folgende „Bugeßandnisse“ gemacht: „Handarbeiter über 18 Jahre erhalten 23 Pfg., Arbeiterinnen über 18 Jahre erhalten 14 Pfg. Kein Arbeiter soll länger wie 30 Stunden ununterbrochen beschäftigt werden. Die Arbeitszeit soll 80 Stunden pro Woche nicht überschreiten.“ Die Arbeit ist äußerst ungesund, die Krankenziffer enorm hoch, Bleibergiftung und Schwindsucht außerordentlich häufig und — die Dividende der Aktiengesellschaften 9 bis 17 Proz. im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Lebensmittelpreise sind in Meissen höher wie in Dresden. Die Arbeiter haben das Angebot abgelehnt, ein Kampf erscheint unvermeidlich. Auf das Verhalten der bürgerlichen Presse sind wir neugierig; ob man hier auch vom Machtwort sozialdemokratischer Agitatoren sagen wird?

Stroh oder arbeitslos. Man schreibt dem „S. Echo“ aus Leipzig vom 25. April: Der national-liberale Stadtrat von Leipzig hat das sozialpolitische Verhalten derjenigen Militärbehörden, die den Privatunternehmern bei Streiks Soldaten als Streikbrecher einsetzen, noch um ein bedeutendes dadurch übertrieben, daß er einer

Leipziger Privatgesellschaft nicht nur städtische Arbeiter als Streikbrecher kauft, sondern diese, weil sie nicht einkauf werden wollten und die Streikarbeit zu verrichten, ablehnten, einfach auf Pfähle warf. Am 8. April waren die Arbeiter der Leipziger Dünker-Export-Gesellschaft zu streik gezwungen worden, und am 9. April kommandierte der Stadtrat bereits 12 Schützenkompanien zum Vordringen der Streikarbeit, statt von der Gesellschaft einfach die Erfüllung des Vertrages zu verlangen. Als sich die städtischen Arbeiter weigerten, ihren Arbeitsbüchern in den Händen zu fallen, wurden sie auf der Stelle entlassen und sofort wurden 12 andere städtische Arbeiter zum Streikbruch kommandiert, wovon nur einer gehorchte; die übrigen legten die ihnen zugewiesene Rolle ab, und taten darauf das Schicksal ihrer Kollegen. Daß diese brutale Maßnahme des Leipziger Rates, der unausgesetzt mit seiner Arbeiterführung praxit, ungeheures Aufsehen machte, ist klar. Da die städtischen Arbeiter hier gut organisiert sind, war es selbstverständlich, daß sich die Organisation der 14 Tage vor Ostern anstrengt, Straßensperrungen durchzuführen. Aber alle Bemühungen scheiterten und in der Stadtverordnetenversammlung am 24. April wurde vom Bürgermeister unerbittlich ausgesprochen, daß die Bunde aus Gründen der „Disziplin“ nicht wieder eingestellt würden. Die Maßnahmen des Rates, das ging aus der Verantwortung der Interpellation hervor, war zugleich, und sogar in erster Linie, ein Schlag gegen die Gemeindearbeiterorganisation. Als alle Bemühungen, die Entlassung rückgängig zu machen, zu scheitern schienen, wollte die sozialdemokratische Stadtverordnetensraktion bereits vor 14 Tagen eine Interpellation über die Maßnahme im Kollegium einbringen, da rief der Oberbürgermeister einem Mitgliede unserer Fraktion, die schwebenden Verhandlungen durch die Einbringung nicht zu stören, er wolle sich sowohl für die Beilegung des Streiks als auch der Differenzen mit den städtischen Arbeitern verwenden. Der Streik bei der Dünker-Export-Gesellschaft wurde durch Vermittelung des Gewerkeamts und durch das Entgegenkommen der Arbeiter beigelegt, aber an die Wiedereinstellung der Entlassenen dachte der Stadtrat nicht im Traum. So wurde die Handlungsweise des Stadtrats in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung unter das Messer der Kritik genommen. In der Begründung der Interpellation zeigte unser Genosse Kürtich, welche Wirkung diese Maßnahme in der Arbeiterschaft habe. Was der Oberbürgermeister Tröndlin, der ehemalige national-liberale Vertreter der Stadt Leipzig im Reichstage, auf die Interpellation antwortete, verdient nicht nur, sondern muß der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, weil es ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der parteilichen Unternehmerrassenpolitik in der Kommune liefert. Seine arbeitserfindliche Rede leitete Herr Tröndlin mit dem das Kollegium direkt brüskierenden Satz ein, daß das Finanzverwerfen der städtischen Arbeiter die Stadtverordneten gar nichts anginge, ihnen schulde der Rat keine Rechenschaft über seine Handlungsweise. Wie die Wammler sehen sich dies die bürgerlichen Stadtverordneten sagen, nur der Vorsteher zweifelte mit höflichen Worten diese Kränkelung an. Unser Genosse Lange hielt dem Statobershaupt dann zunächst eine Vorlesung über die Stadtordnung, wonach die Stadtverordneten nicht nur berechtigt, sondern zur Entgegennahme von Beschwerden von Beamten und Arbeitern verpflichtet seien, und sie dem Rate zur Berücksichtigung zu überweisen hätten. Gewaltig entrüstet war Tröndlin darüber, daß dem Rat in dem Streik eine neutrale Stellung einzunehmen zugemutet wurde. Emphatisch rief er aus: „Man hätte uns von der anderen Seite (d. h. von Unternehmern) die heftigsten Vorwürfe gemacht, wenn wir der Gesellschaft nicht geholfen hätten, als sie uns darum anging.“ Für die Nichtwiederherstellung der Arbeiter sei die Solidaritätserklärung der Gemeindearbeiterversammlung und die dort beschlossene Resolution maßgebend, wonach die übrigen städtischen Arbeiter in einem gleichen Falle wie die Entlassenen zu handeln versprochen.“ Daß die Resolution aber nicht der wahre Grund für die Nichtwiederherstellung ist, hat Tröndlin in seinen weiteren Worten bewiesen, indem er sagte: „Wären die städtischen Arbeiter zu uns gekommen und hätten erklärt: Wir weigern uns aus Angst vor dem Terrorismus der Organisation, die Streikarbeit zu machen, wir hätten sie wieder eingestellt. Zu uns sollen sie mit ihren Beschwerden kommen, nicht zur Organisation.“ Wie sie beim Rat mit ihren Beschwerden aufgehoben sind, davon wurde gleich ein drastischer Beweis von unseren Genossen beigebracht. Ein städtischer Arbeiter wandte sich mit einer Beschwerde über einen

Tragödie, der die Tragödin jedoch erst der Unruhe überführt hat, brüllte er in entsetzlicher Seelenqual die Worte wild hinaus, indem er den Spiegel mit der Faust bedrohte und tief, noch unfähig, ganze Sätze zu schreiben, nur einmal über das andere, und mit einer Betonung, die von der der Großmutter stark abwich: „Nacht! nacht! nacht!“ Weiter als bis zu drei Mal brauchte er es nicht; denn Mama, die sich durch so etwas Unweibliches, durch so etwas Unerschöpflichstliches am tiefsten verletzt fühlte, Mama, die außerdem während war über das Was in der sog. neuen T-pete, stellte ihr Schnapsgläschen mit Kirschchen auf Branntwein so heftig auf den kleinen Pfeile-tisch, daß die synkopistische Fähigkeit auf ein gestülptes Dedeken trifft, was eine glänzende nasse Kirschchen wie eine Muschel über den Teppich hüpfte. Und während sie mit einem nicht mehr ganz sauberen Taschentuch die dünnen Strahlen von dem Pfeilettisch abwischte, schrie sie ihrem Mann und ihrer Tochter zu:

„Nacht! Du brauchst das nicht diesmal zu brüllen. Nacht, nacht, eine nackte Frau! — Du sollst Dir die Augen aus dem Kopfe schämen — Jawohl, schämen sage ich — allein schon bei dem Gedanken! — nachts, nachts!“

Ihre letzten Worte erstarrten, denn während sie sich zornig bückte, um die weggerollte Kirschchen zu suchen, bekam sie plötzlich, da ihr fetter Oberkörper in die Tischbeine des Portjettis allzu fest eingeklemmt war, einen jener heftigen Hustenanfälle, unter denen sie ohnedies bei ihrer Neigung zum Asthma oft sehr zu leiden hatte.

„Daß nur, Mama“, sagte Röschen, die auf ihren Knien herumkriechte, bis sie die Kirschchen gefunden. Dann stand sie verlegen auf und legte das flebrige Ding, welches sie zwischen Daumen und Zeigefinger hielt, behutsam in Pappas Aschenbecher. Sie wuschter und unbehaglich fühlend, und froh, daß sie am Fenster die wütenden Augen nicht sah, beobachtete sie längere Zeit einen Speerling, der den Art eines entblätterten Strauchs mit seinem kleinen Schnabel bezauberte.

„Nacht!“ jammte Großmutter zornig, während sie

die dünnen Hände fäitete und den Kopf voller Abscheu schüttelte.

Da fuhr plötzlich und unerwartet Pappas Faust drohend auf die Tischplatte nieder.

„Keinen Fuß setzt Du mir mehr dahin“, brüllte er mit einem mehr als überflüssigen Stimmaufwand, „das ist keine Akademie, das ist kein Theater! Hat der Pariser Maler, mit dem Du gearbeitet hast, jemals über solchen Unsinn gesprochen? Das ist keine Akademie! — was es ist, das will ich nur lieber gar nicht sagen. Keinen Fuß setzt Du mehr dahin!“ Und wiederum faufte seine Faust herab.

Mama, welche die Scherben des Schnapsgläsches in den Kohlenemmer geworfen hatte und die jetzt den kleinen Pfeilettisch mit einem Staubtuch wuschte — es liebte alles entsetzlich — Mama, die es nicht ausfehlen konnte, wenn Papa das größte Wort im Hause führte widersetzte sich.

„Du schreist und Du stehst da wie ein Narr, und läufst Deine Wut auf dem Tisch, ja, wie ein großer Narr, aber Du bist an allem schuld!“

„Donnerwetter noch mal!“ schrie Papa. „Kannst Du riechen, kann ich riechen, daß es auf solch einer Akademie Lehrer gibt, die für Nacht schwärmen?“

„Bin ich beim Direktor gewesen, um Entschuldigungen einzuziehen?“ fragte Mama, während sie gleich darauf eine Flut von Fragen folgen ließ: „Ist es seine Schuld oder nicht, Mutter, ja oder nein? Habe ich nicht immer ein Haar darin gefanden und gesagt, daß es nicht anginge, Mädchen und Jungen so einfach zusammen zu fassen? Fand er was dabei? Sind wir nicht im Museum gewesen, und haben wir da nicht Silber vor ausgezogenen Menschen gesehen, die mir zuwider waren? Fand er die Frau, die nichts anhatte, die Frau unter dem Baum nicht wunderbar? Und habe ich nicht am Abend, als Röschen schon längst zu Bett war, gesagt, daß das ein Skandal sei. Jawohl, Du hast die Schuld und kein anderer. Ich hätte mich lieber selbst erkundigen sollen.“

Traurig und dem Weinen nahe stand Röschen am Fenster. Sie hatte sich so davor gefürchtet, wohl wissend, wie Papa und Mama über solche Dinge dachten, Papa mit seinen altmodischen Ansichten und Mama, die keine Spur von Verständnis dafür hatte. Sie hatte sich so davor gefürchtet und jawohl, nun war der Jam auch schon im vollen Gange. Während der ganzen Woche hatte sie schon in ihrer Klasse an einer Altstudie mitgearbeitet — es war eine schwindelartige Frau, die nachmittags Modell stand, um sich für ihren Haushalt etwas dazu zu verdienen. Für nichts in der Welt würde sie die Stütze dieses eingefallenen Frankensoppers mit dem mageren Hals und den hängenden Brüsten Mama oder Papa gezeigt haben. Die Welt wäre sie noch länger heimlich damit fortgefahren, um dem Wetter aus dem Wege zu gehen — aber morgen sollte ein better Modell stehen — ein Mann! — ein Mann mit einem struppigen Bart, der von Keller zu Keller zog, um aus dem Typus seiner Armut Münze zu schlagen — an dieses Unbekannte, Unerlaubte wagte sie sich in dessen nicht ohne Genehmigung heran, und jetzt, allein schon bei dem Gedanken an eine Frau, war der Spektakel schon im Gange!

Mama kam wieder herein. Nochmals einen Anlauf nehmend, ganz vorsichtig, weil sie eine neue Explosion befürchtete, begann Röschen: „Hör mich jetzt doch nur mal ruhig an. Die Tochter vom französischen Konsul und Fräulein von Houten und all die anderen Damen machen mit. Was kann Euch nun daran liegen? Sie sind nur halb nackt...“

„Halt Deinen Mund“, gebot Mama, „ich will das Wort nicht mehr hören. Nein, das muß ich aber sofort Onkel Jakob erzählen — das ist wieder mal so was neues, wie die Bücher von heututage, die man nicht lesen kann, wie die Stücke in dem Theater, bei denen einem ganz übel wird und wovon man kein Wort versteht — Deiner Tante wage ich es nicht einmal zu sagen. Nacht! Wie kommt man überhaupt auf solch eine wahnsinnige Idee, auf solchen

Vorgefchrieben an einen bürgerlichen Stadtvorordneten, der sie dem Stadtrat Franke zur Entscheidung gab. Diese schickte sie an die Staatsanwaltschaft mit dem Antrag auf Strafverfolgung. Der Arbeiter wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung seines Vorgesetzten bestraft und dann auch noch von der Stadt entlassen. Daß sich die Arbeiter scheuen, mit ihren Beschwerden an den Stadtrat zu gehen, bedarf nach alledem keines weiteren Wortes. Wie nicht anders zu erwarten war, schloß die gestrige Verhandlung mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die Sache der entlassenen Arbeiter durch den Rat weiter verfolgen und dann Auskunft über den Ausgang zu verlangen. In Leipzig haben also die städtischen Arbeiter nur die eine Wahl: Entweder arbeitslos oder ehelos zu sein. — Was sagen die organisierten Leipziger Arbeiter dazu?

Von der deutschen Klassenjustiz. Im vorigen Jahre sperre bekanntlich der Verband der sächsisch-türklingischen Webern wegen Lohnminderungen aus, die zwischen den Geraer Weberfabrikanten und deren organisierten Arbeitern ausgebrochen waren. Die Weberbesitzer in der anderen Orten, die zu dem Verband gehörten, schlossen sich der Ausspernung an. Die Ortsgruppe Reichenbach, Mylau und Neißtau hatte durch ein Plakat u. a. die Aufforderung an die Arbeiter gerichtet, zu den von den Fabrikanten vorgeschlagenen Lohnsätzen zu arbeiten. Das Plakat trug die Unterschrift des Vorsitzenden dieser Ortsgruppe, Fabrikant Merkel in Mylau. Auf dieses Plakat ließen die Arbeiter ebenfalls Plakate anhängen. In dem an die Arbeiter gerichteten Inhalt dieser Plakate befanden sich u. a. folgende Sätze: „Du Streikbrecher, zu ehrlösen Menschen will man euch machen“, „Schon zweimal haben sie euch durch ihre brutale Ausspernung an freiwilliger Arbeit gehindert.“ Die Plakate wurden am Abend desselben Tages auf Anweisung des Uhrarmeisters von Mylau wegen ihres angeblich beleidigenden Inhalts entfernt. Gegen den Vertrauensmann der ausgesperrten Arbeiter, Hofmann, und seinen Kollegen Mutschmann, die beide die Plakate angehängt hatten, wurde ein Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet. Das Landgericht Plauen fand beide Angeklagte schuldig und verurteilte Mutschmann zu zwei Monaten Gefängnis und Hofmann zu drei Monaten Gefängnis. Dieser Prozeß und das ergangene Urteil erinnerte an den Prozeß des Textilarbeiters Koch in Grimnitzau gegen die dortigen Leiter des Verbandes der Textilindustriellen, über den wir kürzlich berichtet hatten. Die Textilfabrikanten hatten durch ihr Werkzeug, den Rechtsanwalt Tiege, die Arbeiter, und namentlich ihren Vertrauensmann Koch, durch unwahre Behauptungen auf das schwerste angegriffen und beleidigt — das Gericht erkannte indes auf Freisprechung. In dem Plauen-Mylauer Falle dagegen, wo die Arbeiter die Angeklagten waren, erfolgte Verurteilung zu unbegründlich hohen Gefängnisstrafen. Und doch befreiten gewisse Leute das Vorhandensein der Klassenjustiz!

Söhnlich lachen darf man in Preußen nicht, sonst gleit's Strafe. Das mußte, wie die „Freie Presse“ mitteilt, Genosse Haas vor dem Amtsgericht Schwelm erfahren. Jeder wird sich noch der lustigen Flugblattbeschlagnahme am 14. Januar erinnern, wo der Polizeiführer Geunz anstatt der Flugblätter einen Schulturnlehrer und einen Mühlweibchen erwischt. Für diese glorreiche Tat des Herrn Geunz wurde Genosse Haas am 25. April zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, und das deshalb, weil er höherrichtig dazu gelacht hatte. Ja, ja, es ist zum Heulen! Der Amtsrichter zeigte bei der Verhandlung wahre Fürsorge für den Genossen Haas, denn er machte ihn darauf aufmerksam, daß er sich ein bißchen in acht nehmen sollte, denn er wäre so oft mit Gefängnisstrafe vorbestraft, es gäbe bald Gefängnis. Man sollte wirklich glauben, es täte dem Herrn Amtsrichter leid, wenn ein Sozialdemokrat zu Gefängnis verurteilt würde. Aber diese kleinlichen Machereien werden die Genossen nicht abhalten, ruhig weiter zu arbeiten im Interesse des Sozialismus und der Arbeiterschaft.

Vom Wachstum der Organisation. 7200 Mitglieder zählt der Sozialdemokratische Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Hannover-Stadt. Die letzte Woche brachte allein 500 neue Mitglieder. Das berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die bevorstehende Nachwahl.

Wohlfahrtspostenprozesse werden jetzt den Breslauer Genossen besetzt. Am Dienstag wurden fünf Genossen wegen groben Unfugs und Uebertretung des Pres-

gesetzes zu je 6 Mk., am Mittwoch neun zu je 10 Mk. und zwei zu je 20 Mk. verurteilt.

Der verhaftete Kaiserdeputierte. Die Breslauer Polizei, die am 19. April auf Verträge wie Unberechtigte, auf Ausgesperrte wie auf Weiterarbeitende einhauete, hat einen neuen Versuch ihrer Unparteilichkeit und Objektivität zu geben: aus Anlaß der Unruhen hat sie auch den ehemaligen Breslauer Kaiserdeputierten, den Schiedsrichter Hirsch verhaftet, der seinerzeit auf dem Breslauer Hauptbahnhof dem Kaiser als „Mann aus der Welt“ vorgestellt worden ist. Für Dienstag hatte das Polizeipräsidium nämlich die ersten Verhaftungen ergehen lassen: „In einer Ermittlungssache“. Meist waren Verletzte geladen, die im städtischen Wundheilungshospital verbunden worden waren und deren Namen die Polizei dort erfahren hatte. Unter den Verhafteten befand sich auch der Schmied Hirsch. Er wurde auf dem Polizeipräsidium gefragt, ob er in der Zeit von 7 1/2 bis 8 Uhr auf dem Stützpunkt der Arbeiterbewegung beschäftigt habe. Hirsch bestritt dies; er habe um 6 1/2 Uhr den Platz bereits verlassen und ihn an diesem Abend nicht mehr betreten. Weiter soll Hirsch geäußert haben: „Wir die (Ausgesperrten) sind auch Familienväter und wollen ebenfalls arbeiten.“ Er gab zu, dies gelesen zu haben und erklärte auf weitere Befragungen dem Beamten, er sei deshalb an jenem Abend so aufgeregt gewesen, weil er daran gedacht habe, daß seinerzeit, als er mit der Kaiserdeputation angehört habe, aus kaiserlichem Munde das Wort gefallen sei, die Arbeiter haben eine gestrichelte Existenz bis ins hohe Alter hinein, und jetzt werde er nach 17jähriger Tätigkeit hinaufgeworfen. Nach Unterzeichnung des Protokolls eröffnete ihm darauf der Beamte, er sei verhaftet.

Verammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 30. April 1906.

Der Vorsitzende Dr. Görg teilt u. a. mit, daß von Herrn U. Bape ein Antrag auf Verfassungsänderung eingegangen ist. Weiter erklärt der Vorsitzende, daß der Artikel im „Lübecker Volksboten“ betr. Nachlässe zur Senatswahl von irrigen Voraussetzungen ausgegangen sei. In der letzten zwanglosen Vorversammlung von Bürgerschaftsmitgliedern ist wieder auf die Wahl der Wahlbürger noch für die Person des neu erwählenden Senators eingewirkt worden. Die Vorversammlung ist eine Institution, an der jedes Mitglied der Bürgerschaft teilnehmen kann und welcher der Vorsitzende präsidiert.

Die Wahl eines Bürgerausschussesmitglied hatte das Resultat, daß Herr Peters gewählt wurde.

Kunmehr kam zur Beratung der Senatsantrag, betr. Vermehrung der Richterstellen beim Landgericht auf Grund des Senatsantrages vom 1. November 1905 in Verbindung mit dem Kommissionsbericht Nr. IX.

Dr. Prieß beantragt den Fortfall einiger Richterstellen.

Rosenquist wünscht, daß zu Richtern Leute gewählt würden, die Erfahrung im praktischen Leben besitzen.

Wissell: Selten bewegt sich ein Kommissionsbericht in größeren Widersprüchen, als es hier der Fall ist. In demselben wird eine ganze Reihe von Landgerichten angeführt, deren Mitglieder mehr belastet sind, als das in Lübeck der Fall gewesen ist. Redner betont sodann den großen Widerspruch, der zwischen dem Volksempfinden und der heutigen Rechtsprechung besteht. Wenn die Neuankommene von Richtern dazu beitragen würde, eine Besserung in dieser Beziehung herbeizuführen, so würden wir dem Senatsantrage zustimmen. Das ist jedoch nicht der Fall und so werden wir gegen denselben sein. Ich will betonen, daß sich das Volksempfinden nicht gegen die Justiz im allgemeinen, sondern gegen den Präsidenten Hoppstedt, der die Anschauungen des Richterkollegiums ungünstig beeinflusst, richtet.

Senator Dr. Fehling sucht den Kommissionsbericht zu rechtfertigen und meint, daß Herr Hoppstedt über die Angriffe Wissells erhaben sei.

Dr. Prieß: Die Gründe für die Anstellung von Richtern liegen aber darin, daß unser Gericht ein kleines ist und daß es demzufolge schwer ist, Ersatz für einen verstorbenen Richter zu schaffen. In Hamburg, worauf der Kommissionsbericht Bezug nimmt, liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung ganz anders; dort sind über 50 Landrichter vorhanden und tritt deshalb so leicht kein Mangel ein. In Lübeck wird jede Sache auf das gründlichste geprüft und diesen Zustand wollen wir uns erhalten. Redner ersucht sodann um Annahme des Senatsantrages.

Senator Dr. Neumann bittet um Annahme der Senatsvorlage und erklärt sich dagegen, daß das Gehalt des Gerichtspräsidenten verschieden bemessen wird, wie die

Kommission es wünscht. Sollte der Kommissionsvorschlag angenommen werden, so würde eine erneute Verhandlung im altenburgischen Landtage notwendig sein und dadurch eine unliebsame Verzögerung eintreten.

Dr. Fehling betont zunächst, daß, obwohl sein Name unter dem Kommissionsbericht steht, er mit verschiedenen Punkten desselben nicht einverstanden sei. Unliebsam ausgefallen ist es, daß, wie sich herausgestellt hat, zwei Amtsrichter überflüssig sind. Das Bedauerliche dabei ist, daß die Kommission erst die obige Entscheidung machen mußte, und daß von Seiten des Senats keine diesbezügliche Bemerkung erfolgt ist. Nützlich ist es, daß im Falle der Anstellung eines weiteren Landrichters erst die Genehmigung der Bürgerschaft eingeholt wird.

Senator Dr. Fehling bittet, sich nicht den Ansichten des Herrn Dr. Fehling anschließen. In dem Verträge des Abbeischen Staates ist die Möglichkeit vorbehalten, einen weiteren Landrichter anzustellen, und es liegt kein Anlaß vor, eine Veränderung einzutreten zu lassen.

Wissell: Ich will noch einmal hervorheben, daß meine Angriffe sich nicht gegen die Person und den Charakter des Herrn Hoppstedt richten, sondern gegen die richterliche Tätigkeit desselben. Weiter möchte ich betonen, daß es doch eigentlich sehr schlimm bei den kleineren Landgerichten ausfallen dürfte, wenn die Ausschreibungen des Herrn Dr. Prieß wahr wären. Sollte es denn nicht angängig sein, daß Amtsrichter als Hilfs-Landrichter fungieren. Nach dem Bericht der Kommission dürfte das doch der Fall sein.

Dr. Levertahn: Aus der Rede des Herrn Wissell leuchtet die Beschuldigung der Klassenjustiz hervor gegen den von allen Richtern hochverehrten Herrn Präsidenten Hoppstedt; demgegenüber sage ich: Viel schlimmer ist es, wenn man behaupten könne, die Gerichte hielten um die Günst der Menge.

Nach weiterer Debatte wird der Senatsantrag angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes.

Dr. Fehling fragt an, worauf die Verwaltungsbehörde sich stützt, wenn sie den Einwohnern Lübecks, die eine Erweiterung ihrer elektrischen Anlage wünschen, einen Revers vorlegt, der sie verpflichtet, die Kosten für eine eventuelle höhere Spannung zu übernehmen. Dann möchte ich weiter fragen, ob dieser Revers nur Gültigkeit hat für denjenigen, der ihn unterschreibt, oder ob derselbe auch für einen späteren Käufer des Hauses bindend ist. Das würde dann ja eine Art von Belastung des Hauses bedeuten.

Senator Dr. Fehling: Selbstverständlich können die Verpflichtungen des Reverses nur für denjenigen bindend sein, der ihn unterschreibt. Wir werden jedoch dafür sorgen, daß diese Frage in der Verwaltungsbehörde eingehend erörtert wird.

Direktor Gaaße gibt sodann eine ausführliche Begründung der ganzen Vorlage.

Dr. Fehling tadelt nochmals, daß niemand eine Erweiterung der elektrischen Anlage vornehmen darf, ohne den Revers zu unterschreiben. Weiter meint Redner, daß die Lübeck-Büchener Bahn durch den Vertrag mehr Vorteil hat, als der Lübecker Staat.

Senator Dr. Fehling: Es gibt glücklicherweise auch Verträge, die beide Seiten befriedigen, und ein solcher liegt hier vor.

Nach längerer Debatte wird der Senatsantrag angenommen. Im Laufe derselben führt Geheimrat Brecht aus, daß der neue Güterbahnhof Mitte nächsten Jahres in Benutzung genommen werden soll. Die Frist für die Abschließung des Vertrages sei aus dem Grunde so kurz bemessen, um im Falle der Ablehnung selbst ein Werk zur angegebenen Zeit bauen zu können.

Der nächste Senatsantrag betr. Erweiterung der Knaben-Mittelschule wird debattelos angenommen.

Beim folgenden Senatsantrag, betr. Erweiterung des Schulhauses in Schlutup bittet

Vade-Schlutup um eine Abänderung des geplanten Abortgebäudes.

Senator Dr. Vermehren sagt eine Prüfung dieser Anrede zu.

Fehling hält den Raum für den Erweiterungsbau für unzureichend und befürchtet, daß die Schule in absehbarer Zeit nicht mehr ihren Zweck erfüllen kann.

Senator Dr. Vermehren widerspricht dem.

Der Senatsantrag wird darnach angenommen; ebenso ein Ersuchen, das von Herrn Vade gestellt wurde, und eine Abänderung der geplanten Anlage des Abortgebäudes.

Der nächste Senatsantrag betrifft Abänderung des Bebauungsplans der Vorstadt St. Lorenz.

U. Bape fragt an, ob der Ausbau des Döperweges schon beschlossen sei.

Senator Dr. Vermehren erwidert, bleibt jedoch unverständlich.

Blödsinn! Tausende und Millionen von Sachen gibt es, garnicht zu zählen, die man zeichnen kann, Landschaften, Zimmer, Häuser und Gott weiß was sonst noch hat man nur so fürs Greifen. Der Mann von der Akademie ist verehrt, dem fehlt's hier oben, den dürfte man garnicht frei herumgehen lassen — in der Zeitung müßte etwas darüber geschrieben werden — ein Skandal! — Was sagst Du dazu, Mutter? Eine Schande vor Gott, daß anständige junge Mädchen...

„Aber Mama,“ sagte Mädchen flötend, während sie mühsam ihre Tränen zurückdrängte, „in allen Jahrhunderten...“

„Du bleibst in allen Jahrhunderten zuhause,“ sagte Papa kurz und bündig.

„Aber wenn Du nun doch...“

„Keinen Fuß setzt Du mir mehr dahin,“ wiederholte Papa — und als er sah, daß sie am Fenster zu weinen begann, und daß die Szene ihr Ende noch lange nicht erreicht hatte, suchte er plötzlich sein Heil in nüchternen Ueberredung.

„Das war gut für die griechischen und die römischen Zeiten...“

„Für das Paradies,“ verbesserte Mama.

„Sowohl, für das Paradies mit Adam und Eva“ — lachend ging Papa auf den Scherz ein. „... Das war gut zu einer Zeit, als sich die Menschen vorwärts zu bewegen, wie sie geschaffen waren, aber jetzt... Wer würde es denn etwa in den Kopf bekommen, sich so malen zu lassen, wie er eben aus dem Bad steigt?“

„Niemand — kein Mensch auf der Welt,“ sagte die Großmutter befähigend.

„Würdest Du,“ fuhr Papa zu argumentieren fort, indem er versuchte, die rebellische Tochter in die Enge zu treiben, „würdest Du etwa auch nur einen Augenblick daran denken, mich oder Deine Mutter oder Deine Groß-

mutter oder das Mädchen auf solch eine anstößige Art zu malen?“

„Für doch auf,“ schluchzte Mädchen, die jetzt wütend zu werden begann, „Mama ist mir auch ein schönes Modell.“

„Ob ich schön bin oder häßlich,“ sagte Mama, aufs tiefste beleidigt, „und wenn Du mir hunderttausend Gulden bötest, und wenn Du mir eine halbe Million ausgäbest, mich bekommst Du nicht mal in meiner Unterhülle.“

„Und mich nicht ohne Fragen,“ fügte Papa scherzend hinzu. „Nacht, nacht! morgen gehe ich zum Direktor — dann wollen wir mal sehen, was der sagt — ob der solchen Ehree wohl behalten wird.“

„Und wenn es dann wenigstens noch bei einer Frau bliebe,“ meinte Mama, die durch den Verdruß ihrer Tochter ein wenig weicher gestimmt war.

„Nein, natürlich nicht,“ fuhr Mädchen fort, empört über den unbedingten Widerstand ihrer Eltern. „Und ich tue es doch, und ich tue es doch! Hättet mich dann nicht malen lassen, hättet mich dann Selge lernen lassen.“

„Das hätten wir auch, wenn wir von dem nackten Kram was gewußt hätten,“ sagte Mama. „Dein Vetter sollte sich mal einfallen lassen, mit so etwas zu Tante Thea zu kommen, wenn er Selge spielt.“

„Dann warte ich eben, bis ich großjährig bin,“ sagte Mädchen mit offenkundiger Revolution drohend.

„Was sagst Du?“ brüllte Papa, während er die Fäuste ballte und die gefährliche Haltung eines Menschen annahm, der festgehalten werden muß, um nicht zu raufen. „Was sagst Du da, Du freches, Du arrogantes, abscheuliches Mädchen?“

„Nun erst recht! nun erst recht!“ fuhr Mädchen starrköpfig fort: „Sobald ich großjährig bin, nehme ich soviele Modelle, wie ich brauche.“

„Kraus! kraus!“ rief Papa drohend und wütend aus.

„Aber sofort, sage ich!“

„Ich denke gar nicht dran,“ sagte Mädchen, noch immer schluchzend, indem sie noch einen letzten hoffnungsvollen Versuch wagte: „Wenn aber die Tochter vom französischen Konsul wohl darf und Lies van Houten auch...“

Doch während die Großmutter voll tief empfundenen Billigung vor sich hin nickte, rief Mama mit klassischer Gebärde den Knoten durch.

„Du kannst von heute bis in alle Ewigkeit schwärzen,“ sagte sie scharf, „so lange wir leben, geschieht es nicht, und damit ist's aus.“ Und Papa, der die Tragik noch lange nicht genug pathetisch fand, wies düsteren Blickes mit der gespreizten Hand auf die Elagere und sagte mit schwerer Stimme: „Nein, so lange wir leben, Deine Mutter und ich, zeichnest Du nichts naches, und wenn Du's tust, wenn wir nicht mehr da sind, wenn Du, wenn Du — dann drehe ich mich in meinem Grabe herum.“

„Und ich auch,“ sagte Mama, die seit langen Jahren zum ersten Male mit einem von Papas Zukunftsplänen einverstanden war.

Indessen brauchten sich weder Papa, noch Mama, noch Großmama unter dem Regen umzubringen: denn gleich als ob sich ein glücklicher Zufall gegen die Frevlichkeit der modernen Kürze auflehnte, lernte Mädchen kaum eine Woche später einen durch und durch soliden Jüngling kennen, der einen Handel in gelagerten Därmen betrieb. Und kaum drei Monate später war sie verheiratet — und erkrante ihren Mann während ihrer außerordentlich harmonischen Ehe mit unzähligen gemalten und eigenhändig beschrifteten Briefen und Kissenkesseln, auf welchen keinerlei unkeusche Andeutung zu entdecken war.

Seipel klagt über den schlechten Zustand der Schwartauer Allee.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen. Beim nächsten Senatsantrag betr. (6) liegt eine ganze Reihe von Anträgen vor.

Man weiß auf die erheblich gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse hin. Bisher differierte das Endgehalt der Hilfsarbeiter und der Kanakisten um vierhundert Mark; jetzt, nachdem der ganze Beamtenbesoldungsetat das Endgehalt der Kanakisten erhöht hat, ist der Unterschied noch erheblich geworden. Deshalb beantrage ich, das Endgehalt der Hilfsarbeiter auf 2000 Mk. festzusetzen. Redner beantragt weiter, daß die Erhöhung der Bezüge rückwirkende Kraft erhalten sollen. Dann sollen die pensionsberechtigten Hilfsarbeiter 10 Jahre nach ihrer Ernennung unklüßbar angestellt werden. Weiter wird um die Annahme eines Erlöschens gebeten, das dahin geht, die pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Beamtenbesoldungsstat aufzunehmen zu wollen; 2. den nicht pensionsberechtigten Hilfsarbeitern, falls ihre Annahme bis zum 18. Lebensjahre erfolgt ist, mit dem vollendeten 21. Lebensjahre, anderenfalls 3 Jahre nach ihrer Annahme ein Mindesteinkommen von 1200 Mk. jährlich zu gewähren; 3. den unteren und mittleren Beamten eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende, widerrufliche und nicht pensionsfähige Leyrungszulage noch im Rechnungsjahre 1906 zu gewähren.

Senator Dr. Stöck glaubt, daß der Senat sein Einverständnis damit aussprechen wird, daß die Gehaltserhöhung rückwirkende Kraft erhält. Die übrigen Anträge bitte er abzulehnen.

Prof. Dr. Baehle beantragt darauf Vertagung der Sitzung.

Die Bürgererschaft beschloß demgemäß. Sodann kamen noch die weiter eingegangenen Anträge zur Verlesung. Dohberstein beantragt, die pensionsberechtigten Hilfsarbeiter nach 15jähriger Dienstzeit lebenslanglich anzustellen. Ziele verlangt die Revidierung des ganzen Beamtenetats. Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Vertorfene Revision. Das Reichsgericht verwarf Revision der Eheleute Schellhaas, welche am 28. Februar vom Schwurgericht zu München wegen Gewandlung des Privatiers Cramm in Pasing zum Tode verurteilt worden.

Schlimmer als die Schweine leben auf ostpreussischen Gütern vielfach die Landarbeiter. So hat vor sieben oder acht Jahren schon Wilhelm II. sich geäußert, nachdem er sich auf seinem Gute Cabinen die Landarbeiterwohnungen einmal etwas näher angesehen hatte. Besser geworden aber ist es seitdem in Ostpreußen nicht. Den Junkern zwar hat man inzwischen durch Schatzgölle und Liebesgaben aller Art die besten Taschen bis obenhin gefüllt — für die Landarbeiter jedoch, die Hilfe wahrhaftig weit dringender nötig gehabt hätten als ihre Ausbeuter, ist nichts geschehen. Der Schilderung, die der Königsberger Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ nach eigener Anschauung über die Zustände auf einem der ostpreussischen Güter sendet, entnehmen wir folgendes: Wir betreten das Gut Dorken bei Rastenburg. Sofort fällt uns die Unsauberkeit eines Stallhauses ins Auge. Betrachten wir die Haustüre, so finden wir, daß eine Schwelle nicht vorhanden ist und daß zwischen der Unterlante der Türe und dem Fußboden ein zirkel 10 Zentimeter breiter Spalt sich befindet, durch den allerlei Tiere ungehindert ein und aus können. Wer gerade keinen zu großen Belästigung hat, braucht die Türe nicht erst aufzumachen, er kann durch eine der Öffnungen schlüpfen, die zu beiden Seiten der Türe vorhanden sind. Im Flur des Hauses befindet sich der Schornstein, durch dessen Löcher — bis zum Teil mit Lehm notdürftig verstopft sind — die Flammen herausgeschlagen, wenn Feuer angezündet wird. Es ist ein Wunder, daß der ländliche „Palast“ noch nicht abgebrannt ist. Ueber eine bedenklich schwankende Leiter klettert man auf den Boden des Hauses hinauf. Von unten ruft man uns zu: „Halt, nicht einen Schritt weiter!“ Zu spät — schon waren wir mit einem Fuß durch die Decke gebrochen, wobei wir unsere Hufe zerrissen hatten. Mühsam kletterten wir hinauf, um auch die Stube in Augenschein zu nehmen. In der Stubentür befanden sich ebenfalls große Öffnungen; am unteren Ende fehlte gar völlig ein Stück, so daß Regen, Schnee und Hagel in die Stube hineingelangen konnten. Matten, deren es nicht wenige gibt, sind ständige Wohn- und Schlafgenossen; sie scheinen sich als Haustiere zu fühlen. Der Fußboden des „Zimmers“ ist weder von Holz, noch von Ziegeln oder Lehm. Hügel und Täler wechseln annähernd ab und wir müssen vorsichtig sein, damit wir nicht ausgleiten. Die Decke wird von vier Balken getragen, die derartig durchgebogen sind, daß man glaubt, sie müssen jeden Augenblick einstürzen. Die Schalung besteht aus alten, morschen Brettern, die große Löcher aufweisen. Durch diese Löcher fällt Geruch, Staub, Schmutz, Speu und von den Matten hingefressenes Stroh. In der Nacht fällt dem schlafenden Kinde dies alles ins Gesicht, am Tage beim Essen in Schüssel und Teller. Gerade über dem Bett ist eine Stulle, wo es bei größerem Unwetter durchregnet. In den Wänden befinden sich Maulwurfsgänge, in denen sich Mäuse, Wanzen, Rüsselschwaben und ähnliches Ungeziefer aufhalten. Der Backofen, der sich auch in der Stube befindet, ist in demselben schlechten Zustande wie der Schornstein. Auch aus dem Backofen schlagen oft die Flammen heraus. In diesem „Wohnzimmer“ lebt eine Familie von sechs Köpfen! Wir treten nun auf den Hofhof hinaus, um auch die Wohnräume des Gefährdes in Augenschein zu nehmen. Dazu müssen wir uns in den Pferdestall begeben. In diesem bemerken wir in einer Ecke eine Stulle, auf der zwei Betteln sitzen. Um hinauf zu gelangen, muß man eine Leiter benutzen, die so schlecht ist, daß man jeden Augenblick befürchtet, mit ihr zusammenzubrechen. Nachdem wir endlich oben sind, stehen wir auf ein neues Hindernis. Es ist mir unmöglich, in aufrechter Haltung zu den Betten zu gelangen, wir müssen auf Knien und Ellbogen herankriechen. Die Betten starrten vor Dreck. Fortwährend fällt von der Decke Lehm und allerlei Schmutz herunter und in die Betten hinein. Die Matten, die hier ihre Lager aufgeschlagen haben, machen zwar bei der Anberührung eines Fremden ein verdächtig Geräusch, nehmen ihre alte Lage halb wieder ein und sind schlafensüchtig des Gefährdes. Dem Fußboden bilden halbgebogene Bretter, die sich bei jedem Schritt durchbiegen. Vor einigen Wochen brach jemand durch den Fußboden und fiel in den unteren Raum hinab. Ein „Fenster“, ca. 25 Zentimeter groß, spendet diesem Schlafraum „Licht“. Kluge

herum sind Böcher, die Sonne und Regen ungehindert durchlassen. Die Bretter der Decke sind dermaßen durchgebogen, daß sie dem in den Betten liegenden Personen fast bis auf die Nase hängen. Sogar kann man überhaupt nicht in den Betten verweilen.

Am die Breslauer Schutzmannschaft richtet der Polizeipräsident Dr. Wieno folgende öffentliche Dankagung: „Mit besonderer Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß die Schutzmannschaft bei der Unterbrechung der tumultarischen Ausschreitungen am 19. d. M. auf dem Striegauer Platz und den angrenzenden Straßen mit großer Umsicht und Entschiedenheit vorgegangen und das Verbleiben diesem Umfange zu verdanken ist, wenn weitere Exzesse unterblieben sind. Für dies tatkräftige und besonnene Verhalten spreche ich hiermit dem Herrn Kommandeur der Schutzmannschaft, den beteiligten Herren Polizeikommissaren und Kommissaren, sowie allen übrigen beteiligten Exekutivbeamten meine vollste Anerkennung aus.“ — So! Man können die unsichtigen, entschiedenen, tatkräftigen und besonnenen Breslauer Schutzleute, gepunkt durch dies Lob, das nächste Mal noch gründlichere Arbeit machen. Es gibt noch viele unabgeschlagene Hände in Breslau!

Gefährlich. Der als mutmaßlicher Mörder der Witwe Wleber verhaftete Arbeiter Spird in Boppot hat die Tat eingestanden.

Fischvergiftung. Nach einer Meldung aus Stettin ist in Rosensfeld eine Stellmacherfamilie nach dem Genuß von Fischen lebensgefährlich erkrankt. Alle fünf Familienmitglieder liegen hoffnungslos darnieder.

Verhaftung einer Kindesmörderin. Die Mutter, die, wie wir kürzlich meldeten, im Eisenbahnhof Berlin-Eisenach ihr Kind ermordete, ist jetzt in der Person eines Fränklers aus Belgien im Bezirk Potsdam ermittelt worden. Wie mitgeteilt wird, ist laut Sektionsbefund das Kind nach der Geburt erdrosselt worden.

Folgen kaiserlicher Auszeichnungen. In Venzkau bei Düsseldorf wohnte ein Grundbesitzer, Britschau mit Namen, der jetzt mit einer Schauspielerin das Bettel gesucht hat und viele trauernde Gläubiger zurückließ. Seine hinterlassenen Schulden schätzte man auf 3 Millionen Mark. Britschau war ein wegen seiner Körpergröße bekannter Bauernsohn, der es aber verstand, sich durch die Auszeichnungen, die ihm Wilhelm II. zuwandte, einen Relief zu geben. Er hatte als Flügelmann beim ersten Garberegiment gedient und die Palastmusik mitgemacht, aus irgend einem Grunde hatte man ihn auch noch den Kronenorden vierter Klasse gegeben. Das bewirkte, daß seine Geschäftsfreunde ihm blindlings vertrauten. Jetzt, nachdem man erfahren hat, daß der Ueberpatriot sich mit einigen hunderttausend Mark und einer schönen Schauspielerin auf französisch entfernt hat, wird geschimpft. Viele kleine Banken und Privatleute sind schwer geschädigt.

Zeichen der Zeit. In Vennep beging ein kürzlich von Rosen nach Vennep versehener Eisenbahnlokomotivführer Selbstmord, weil seine zahlreiche Familie unter der hiesigen Teuerung in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten war.

Wegen verführten Giftmordes wurden in Elberfeld nach dem „Hann. Courier“ der städtische Beamte Fahrmanu und die Frau des Restaurateurs Göbel festgenommen. Fahrmanu stand in unerlaubten Beziehungen zu der Frau Göbel. Beide haben nun, um den Mann der Göbel aus dem Wege zu schaffen, diesem Arsenit unter die Speisen gemischt. Durch Zufall ist aber die Ausführung des Verbrechens vereitelt worden. Nach ihrer Festnahme beging beide Selbstmordversuche, indem die Frau sich in ihrer Zelle zu erhängen versuchte, und Fahrmanu bei der Vernehmung eine Schere ergriff und sich damit in die Brust stach; Lebensgefahr ist jedoch nicht vorhanden.

Der Wächter des Gesetzes. In den „Berl. Luftblätter“ behandelt Alexander Koszlowski in einem amüßanten Dialog einen „Justizfall mit wörtlich wahren Anfang und nicht unmöglicher Fortsetzung“.

Landgerichtspräsident: „Sie kagen also wegen Ehrenbeleidigung; ja, sagen Sie mir mal bloß, Menschenkind, weshalb haben Sie denn den Beleidiger nicht einfach vor die Pistole gefordert?“

Kläger: „Weil das Duell nach dem Strafgesetzbuch verboten und strafbar ist.“

Präsident: „Ein verrücktes Buch, dieses Strafgesetzbuch! Und an einen solchen bloßen Schmäler halten Sie sich im Ernstfall?“

Kläger: „Allerdings.“

Präsident: „Sicht Ihnen ähnlich! Mensch hat keine blaße Ahnung vom Kavallerie-Rang und kommt dann hergelaufen, daß wir seine kaputte Ehre nicht! Also wie war denn die Geschichte? Ein Wortwechsel beim Abendessen?“

Kläger: „Ja wohl. Wir erregten uns, und er nannte mich einen Lampenhund.“

Präsident: „Und da ergreifen Sie nicht wenigstens die Floskel, um dem andern ein Loch in den Kopf zu feuern? Kommen Sie mir nicht wieder mit dem Gesetzbuch, das geht uns hier den Teufel an! Man wehrt sich und damit basta. Man freut dem Gegner wenigstens die Pfefferbüchse in die Augen! Vom Schützen will ich schon gar nicht mehr reden, Sie selber Jammerklappen. Sie stehen die Beleidigung glatt ein und lassen wie ein getretener Fötter.“

Kläger: „Keineswegs — ich kage!“

Präsident: „Alle Heulweiler kagen. Da haben Sie sich ja ein nettes Beispiel genommen. Und mit solchem Indignation soll das Gericht jetzt verfahren? Müßig und ja gar nicht ein. Lassen Sie sich Ihre Ehre vom Fiskus kaufen neu beschaffen! Der nächste Fall!“

Durch das Umschlagen eines Geschützes erlitten nach einer Meldung aus Wiesbaden drei Artilleristen schwere Verletzungen; einer von ihnen wurde tödlich verletzt.

Schiffunglück. Das Reuterebureau meldet aus Singapore: Das Truppentransportschiff „Haberham“ mit 3000 Russen nach Ostasien, stieß mit dem Dampfer „Bentong“ in der Malakkastraße zusammen. Der Dampfer „Bentong“ sank. Es wird geglaubt, daß 30 Chinesen ertrunken sind. Der „Haberham“ nahm 71 Mann auf, ein anderes Schiff

„Haberham“, andere Leute. „Haberham“ kam in Singapore mit Wasser angefülltem Vordersteven an. Europäer sind bei dem Zusammenstoß nicht umgekommen.

Ein Polizeiwachmeister als Doppelmörder. In Augsburg erschob der Polizeiwachmeister Walbrunn in einer Gastwirtschaft die Wirtin Mayer und einen Arbeiter und entleibte sich hierauf durch einen Schuß in den Kopf. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Liebesdrangsdie. In Köln erschob der verheiratete Sergeant Schuy von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 65, welcher ein Liebesverhältnis mit der Freundin seiner Frau unterhält, in seiner Kasernenstube im Einverständnis mit der Geliebten erst diese und dann sich.

Eine harte Strafe. Aus Mainz wird gemeldet: Die Kanoniere Aug. Weds, Anton Farhnd, Paul Kleine und Obergefreiter Anton Fint vom 3. Fuß-Artillerie-Regiment hatten trotz entgegengefügten Befehls des Unteroffiziers in der Dampfstraßenbahn gesungen; sie wurden wegen Ungehorsams im Dienst mit je fünf Tagen Mittelarrest bestraft. Auf Berufung des Gerichtsherrn wurde die Sache vor dem Oberkriegsgericht verhandelt und sämtliche Angeklagte zu je vier Wochen strengem Arrest verurteilt.

Die Angst vor dem Richterisch. Zuweilen geht es in Gerichtssitzungen recht freudig zu. Kein Wunder, daß selbst mancher, der nicht als Angeklagter vor dem Richterisch zu erscheinen hat, sondern nur als Zeuge seiner Pflicht Genüge leisten soll, nur ungern den Weg zum Rabi antritt. Daß sich aber die Angst vor dem Richterisch bis zum Wahnsinn und zur Raserei steigern kann, wird immerhin in den Annalen der Justiz ein seltener Fall sein. Ein solcher hat sich im Nidborfer Gerichtsgelände abgepielt. Als das Schöffengericht in einer Strafsache wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gegen einen Beamten verhandelte, ähnten plötzlich vom Flur her laute Schreie. Die Tür zum Sitzungssaal wurde aufgerissen, und mit allen Anzeichen des Wahnsinns stürzte der 29jährige Herr Erdbmann herein. Der Rasende suchte sich auf das Richter-sollergium zu stürzen, wurde aber noch rechtzeitig daran gehindert und in sichern Gewahrsam gebracht. Er war aus Angst vor dem Bengenelde, den er in der anstehenden Sache leisten sollte, wahnsinnig geworden. Seit dem Tage der Zustellung der gerichtlichen Vorladung hatte sich Erdmann in furchtbarer Aufregung befunden, die letzten Nächte vor dem Termin hatte er nicht mehr geschlafen, und in einem Zustande völliger seelischer Depression wankte er schließlich am Arme seiner Gattin nach dem Gerichtsgelände, wo auf dem Flur der Bahnhofs bei ihm zum Ausbruch kam. Erdmann biß in dem Tobsuchtsanfall einen Gerichtsbeamten tief in die Hand.

Der Galgenhumor eines bei der Einschätzung zur Einkommensteuer Ueberhörschten ist vor kurzem in recht drastischer Weise zum Ausdruck gekommen in einem Jaserat, das in einem Chemnitzer Blatte zum Ausdruck gelangte. Es heißt darin: „Eine Wohnung von 1000 Mark zahle ich demjenigen, welcher imstande ist, mir ein derartig hohes Einkommen nachzurechnen, wie ich laut Abgabenzettel dieses Jahr zu den Steuerleistungen herangezogen worden bin. Trotzdem meine Bücher von einem vererbeten Bücherrevisor geführt werden und der die Bilanzen der letzten drei Jahre der Reklamation an die Stadt beigelegt hat, ist zufolge gutachtlicher Aussprüche der Steuereinschätzung meine Reklamation verworfen und die von mir angebotene Beweiskführung somit einfach beiseite geschoben worden. Um nun selbst dahinter zu kommen, wie so ich mehr verdient haben kann, als mir selbst bewußt ist, veranlaßte ich obige Ausschätzung und zahle außerdem dem Begutachter der Einschätzungskommission noch extra 1000 Mark, wenn er vermag, mir einen derartig guten Rat und die Garantie zu geben, wie ich es anstellen soll, um mit meinem Umfang den Verdienst zu erzielen, wie er mich eingeschätzt hat.“

Eine lustige Geschichte, in der Gottesdienst und Rennwetten eigentlich mit einander verquickt sind, erzählt der Pfarrer Herbert M. Niels in der Monatschrift „Donny Men“: „Eines Tages“ — so heißt es da — „hatte ich mir den Einspruch: „Wer wird steigen?“ zum Thema meiner Predigt erwählt, und dieses durch Maueranschlag in der Stadt bekannt machen lassen. Zu meinem nicht geringen Erstaunen erhielt ich im Laufe der Woche eine Postkarte, in der mir jemand auf meine milde findere Frage antwortete, daß „Gadlers Bräde“ im Einverständnis ohne jeden Zweifel als erstes Pferd das Ziel passieren würde. Ich bewachte die nächste Predigt, um den Versammelten, unter denen sich viele Arbeiter befanden, den Wortlaut der Postkarte vorzulesen. Raum war der Name des Pferdes genannt, so grollte auch die Mehrzahl der Anwesenden außer Rand und Band, rief „Bravo“ und „hat's allright“ und hatte, danach zu urteilen, meine religiösen Ermahnungen ganz vergessen. Da es der Zufall wollte, gewann das Pferd tatsächlich, und seit dem Tage verbreitete sich in der Nachbarschaft das Gerücht, daß der Pfarrer von Bradford das steigende Pferd „getippt“ hatte. Mir aufstieg dadurch dermaßen, daß ich fortan nie über ein leeres Gotteshaus zu klagen hatte.“

Was die Justiz fertig bringt, das zeigt das Ergebnis einer Gerichtsverhandlung in Essen. Dort wurden Bilder als zur Aufreizung zu Gewalttätigkeiten geeignet befunden. Ein Händler aus Wanne, Geschäftsführer des dortigen polnischen Vereines Sokoll, hatte in einem Merkantil, in welchem verschiedene Vereine tagen, zwei Bilder aufgehängt, die angeblich den öffentlichen Frieden gefährdeten, indem sie verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufreizen sollten. Das eine Bild stellt einen Turner in Sokolltracht dar. Das zweite Bild, Hoffnung betitelt, stellt symbolisch die Hoffnung dar. Die Anklagebehörde nimmt an, daß hiermit die Hoffnung auf Wiederherstellung des polnischen Reiches angedeutet werden soll. Die Strafkammer erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1000 Mark Geldstrafe, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß die Hoffnung müsse den öffentlichen Frieden gefährden. — Nach dieser Methode kann man schließlich auch in einem Madonnenbild eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten entdecken.